



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.
Porto 2 Thlr. 1½ Gr. Zulieferungsgebühr für den Raum einer
fünfzehntel Seite in Preußisch 1½ Gr.

Exposition: Herrenstraße Nr. 20. Lieferende übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 412. Morgen-Ausgabe.

Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkert.

Mittwoch, den 5. September 1866.

Die Macht der Ideen.

Während das politische Leben in Deutschland, ein halbes Jahrhundert lang, wie eine gut aufgezogene Uhr still und regelmäßig ging und der Zeiger der Uhr nur leise und vorsichtig weiter schlich, setzte sich plötzlich das Räderwerk so schnell und heftig in Bewegung, daß die Zeiger an unserer Weltenuhr sich so rasch in Minuten umdrehten als sonst in Tagen und nun in gewaltigen Schlägen, eine gewichtige Stunde, ja eine neue Zeit verkündeten. Ist nun dies Alles ein Zufall? Sind diese neuen, wichtigen Ereignisse, die plötzlich das Geschick von ganz Deutschland umgestalten, die flüchtige Laune eines Einzelnen oder entstehen sie jenem tiefen, wunderbaren Quell, aus dem alles Große, Gewaltige hervorgegangen — den ewigen Ideen, die stets die Völker im tiefsten Innersten bewegen. Die Geschichte, dies trefflichste Handbuch der Politik, wird uns darauf die beste Antwort geben.

In ihren Ursprüngen hat die Dynastie der Hohenzollern mit der habsburger manche Ähnlichkeit. Beide haben ihre Wurzeln in der südwestlichen Ecke Deutschlands; beide haben sich auf ursprünglich slavischen Gebiete im Osten von Deutschland Besitzthimer erworben und auf diese ihre Macht gegründet. Beide haben sich im Laufe der Jahrhunderte zu Großmächten aufgeschwungen und ihren Einfluß in Deutschland zu erweitern gesucht; aber um dies Ziel zu erreichen, haben sie sehr verschiedene Wege eingeschlagen. Während die Habsburger das Stabilitätsprinzip zu dem ihnen machten und jeder freien Bewegung, jedem Aufschwung auf politischem wie auf religiösem Gebiet mit zäher Strenge in den Weg traten, suchten die Hohenzollern sich nur an das Neue, Werdende, an den Geist anzuschließen. Wir sehen sie beinahe immer mit denselben im Bunde. Nirgends tritt dies deutlicher hervor, als bei den religiösen Interessen. Kurfürst Joachim I. entschied sich zwar nicht für die Reformation, aber er wirkte dennoch für sie, indem er die klassische Literatur und die mit dem Studium derselben aufgewommene freie, wissenschaftliche Richtung begünstigte. Albrecht von Brandenburg war der erste geistliche Fürst in Deutschland, welcher mit Anecknung der neuen Lehre und mit Ummwandlung der geistlichen in ein ethisches, weltliches Fürstenthum voranging, was für die Fortschritte derselben von einer ungeheuren Bedeutung war. Der große Kurfürst, der Begründer des preußischen Staates und wohl auch des preußischen Absolutismus, war dennoch klug genug, einzusehen, daß selbst die Aufstellung der bedeutenden Militärmacht nicht ausreiche, um die Stellung zu behaupten, die er in dem Rathe Europa's einzunehmen entschlossen war, und daß er deshalb mit geistigen Elementen zu Hilfe kommen müsse. Er bewies sich als ein eifriger Freund jeder geistigen Kraft und jedes Bestrebens auf der Bahn des Fortschritts. Kein Fürst seiner Zeit ist ein solcher Beschützer unglücklicher, wegen ihrer Meinung verfolgter Männer gewesen, wie er. Der große Kurfürst fühlte sich insbesondere als der natürliche Hirt des Protestantismus; es war ihm klar geworden, daß gerade diese Eigenschaft dem preußischen Throne jenes geistige Relic geben könnte, was er so sehr nötig hatte.

Auch der erste preußische König legte dieselbe freisinnige Richtung in religiösen und wissenschaftlichen Angelegenheiten an den Tag, welche sein Vater in so schöner Weise bewahrt hatte. Unter ihm war der preußische Staat ebenfalls ein Zufluchtsort der wegen ihrer Meinungen Bedrohten. Er rief den freisinnigen und von den herrschenden, zielotischen Parteien häufig verfolgten Thomasius in seine Staaten und ließ durch ihn die Universität Halle gründen. Hierher wurden berühmte Gelehrte berufen, die wegen ihrer freisinnigen Richtung in ihrer Heimat angegriffen worden. Thomasius und Pufendorf waren beide im Dienste des Königs und konnten dennoch unangefochten und ungeschoren den damals herrschend gewordenen Ansichten von der Unumstränklichkeit der Könige und der Abteilung derselben von Gott ausdrücklich widersprechen.

Unter Friedrich II. erhielt der preußische Staat den Gipfel materieller und geistiger Größe. Dieser Fürst hat das glänzendste Beispiel gegeben, was eine Regierung vermag, die sich an den Geist der Zeit anschließt und frei und kühn, ohne Angstlichkeit und Rückhalt in seinem Sinne zu wirken sich vornimmt. Für die Mission, zu der Preußen berufen ist, hat Friedrich II. die entschiedensten Grundzüge geliefert; er hat am lebhaftesten die Gewalt erkannt, auf welcher allein die preußische Größe beruhen kann und nach dieser Erkenntnis gehandelt. Am Anfang wie am Schluss seiner politischen Laufbahn hat Friedrich der Große den Grundsatz, „daß die Gewalt der Fürsten nur auf einem Vertrage mit dem Volke beruhe“, mit einer Scharfe und Präcision ausgesprochen, wie sie ein demokratischer Schriftsteller nicht hätte entschiedener aufstellen können. „Möchte man nicht wahrhaftig sein“, schreibt der große König und Staatsmann, „wenn man sich vorstellen wollte, daß Menschen zu einem ihres Gleichen gesagt hätten: wir erheben Dich über uns, weil wir gern Sklaven sein wollen, und wir geben Dir die Macht, unsere Gedanken nach Deiner Willkür zu lenken? Sie haben vielmehr gesagt: wir bedürfen Deiner, um die Gesetze aufrecht zu erhalten, denen wir gehorchen wollen, um weise regiert zu werden und uns zu verteidigen; während wir von Dir Achtung für unsere Freiheit.“

Und die Geschichte dieses Jahrhunderts lehrt, daß Preußen niemals einen gewaltigeren und großartigeren Aufschwung nahm, als wenn es sich seiner Mission bewußt war und für die Einigung Deutschlands, für Licht und Freiheit mit allen Kräften eintrat. Wenn also Preußen jetzt wieder für diese Ziele in den Kampf zog, dann verwirkt es nur jene Ideen, die tief und Jahrhundertlang mit der Existenz des preußischen Staates verknüpft sind. Preußen muß, wenn es seine deutsche Aufgabe erfüllen soll, den Speer des Achilles in seiner Hand halten, der wohl Wunden schlägt, aber auch heilt. Was es in dieser Beziehung zu thun hat, ist bereits von Friedrich dem Großen angedeutet worden: es muß immer der Kämpfer des Geistes sein, der Präsident des belebenden Elements, der Hirt der großartigen Ideen des Jahrhunderts, dann allein gehört ihm die Zukunft. Wir kommen immer wieder darauf zurück: Nur durch das rückhaltlose Eingehen in den Geist der Zeit, in den politischen Fortschritt und die freien Institutionen der Gegenwart wird es dem preußischen Staat möglich werden, die jetzt erworbenen Länder ohne Schwierigkeit sich zu assimilieren und die sich jetzt trennenden deutschen Stämme ruhiger und treuer als je um unsere Fahne zu sammeln. Wilhelm von Oranien, als er auf den englischen Thron berufen wurde, sagte: „Eine neue Dynastie muß durch Blut mit dem Volke zusammenwachsen“. Nun, diese Fortsetzung wäre erfüllt, aber unser Jahrhundert stellt noch eine zweite: die Geister zu gewinnen, nicht sie zu unterjochen.

Die liberale Partei wird das jetzige Ministerium in allen äußeren Fragen eifrig und redlich unterstützen, aber sie wird darüber nicht den ewigen Ideen unterwerden, die sie in's Leben gerufen. Wo es die

Wahrung der Volksrechte gilt, da wird sie entschlossen sich um das alte Banner schaaren. Aber wenn selbst unser Ministerpräsident in einer der letzten Commissionsitzungen freimütig gestand: „Der Mensch schreitet fort und muß mit der Entwicklung der Geschichte vorwärts gehen, es ist ein trauriger Ruhm immer noch dieselben Ansichten festzuhalten wie vor 20 Jahren“, so kann auch die liberale Partei bekennen, daß die letzten großartigen Ereignisse nicht spurlos an ihr vorübergegangen. Die liberale Partei hat sich der Militär-Reorganisation entgegengestellt, so lange ihr nur unklar waren, die der preußische Staat in nächster Zeit zu verfolgen gedachte. Nichts sprach dafür, daß unsere Regierung so rasch an die Lösung der deutschen Frage die Hand legen würde, und für fernere 50 Friedensjahre wollten wir nicht diese gewaltige Last auf den Schultern haben. Jetzt, wo es gilt, Deutschland zu einem und um jeden Preis den leisen Einspruch von außen mit aller Macht abzuwehren, ist gerade die Fortschrittspartei zu jedem Opfer bereit. Wenn ein künftiger Geschichtsschreiber deshalb wagen sollte, unserer Opposition den Vorwurf politischer Kurzsichtigkeit zu machen, dann mag er bedenken, daß es vielleicht unsere Opposition war, die mit zu energischer That drängte und die Katastrophe beschleunigte.

Auch die Völker lernen endlich rechnen und die Individualitäten ihrer Herrscher mit in Ansicht bringen. Ein spanisches Sprichwort sagt: „Geduld ist eine zweite Tugend.“ Auch wir müssen zwar das Ziel unverrückbar im Auge behalten, aber nicht mehr mit jener Ungeduld darauf lossteuern, die leicht nach oben heunruhigen, nach unten verwirren kann. Und wie unser preußisches Vaterland nach außen mächtiger geworden und das von allen Patrioten ersehnte Ziel der deutschen Einheit zu erreichen sucht, so wird auch im Innern endlich die Macht der Ideen gewaltiger sein, als der Wille einer kleinen rückwärts drängenden Partei. Möge man sich des Ausdrucks eines der größten englischen Staatsmänner, Georg Cannings, erinnern, der in einer seiner Parlamentsreden für die ewigen Ideen in die Schranken trat: „Es ist mir nicht unbekannt, daß es hier zu Lande eine politische Faktion gibt, welche alle Fortschritte in der Bildung als Rückslüsse zum Jacobinismus betrachtet. Diese Faktion meint, ein rechter Mann könne nicht ohne verbrecherischen Zweck und ohne die Absicht, die Grundvesten der Größe seines Landes zu untergraben, darnach streben, sein Land in der Richtung des Fortschritts der politischen Wissenschaften zu erhalten und diesen Gang nach den verschiedenen Weltumständen zu leiten. Ich meines Theils halte es für die Pflicht eines Staatsmannes, sowohl in den inneren als äußeren Angelegenheiten den Weg einzuschlagen, der die Mitte zwischen den Extremen hält, die Macht mit der Freiheit in Einklang zu bringen, keine waglichen und übertriebenen Versuche zu unternehmen, aber eben so wenig sich der Anwendung wohl überlegter Theorien zu widersezen und überhaupt alle hochherigen und wahrhaft liberalen Ideen zum Wohle des Landes dienen zu lassen.“

Darin zeigt sich die wahre Größe eines Monarchen, daß er nicht vor dem Heere neuer Ideen, das in den Bereich seiner Völker hereinbricht, zurücktrete, sondern über dieses, wie über jedes andere Heer, seinen siegreichen Herrschaftsstab schwingt. Nicht gleich einem Unheil verhürenden Himmelszeichen sollte sie der Stern der Zukunft erscheinen, sondern auf ihrer Bahn sollte er befremdetes Licht verleihen. Der Stern, der den Weisen des Orients als Führer diente, war ein Schriftensymbol für das verblendet Auge des Herodes. Wohl ließ er alle Neugeborenen töten, aber das Kind der Zukunft entging seinem Schwert. Eine weise Regierung darf dem Strome der Zeit nicht willenlos folgen; ihn rückwärts zu drängen, vermag sie nicht; aber das vermag sie, ihn einem erwünschten Wege zuzulassen und als mächtige Herrscherin des Stroms die Welt mit ihrem Ruhme, mit der Bewunderung ihrer Thatkraft zu erfüllen.

Bericht der Commission

zur Vorberatung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der freien Stadt Frankfurt mit der preußischen Monarchie.

Nach einer kurzen historischen Einleitung bemerkte der Verlegerstatter Abg. Kanigieker:

Am 16. August d. J. sind die deutschen Angelegenheiten in eine weitere Phase getreten, welche die Mitwirkung der preußischen Landesvertretung erforderlich gemacht hat.

Des Königs Majestät haben nämlich mittels allerhöchster Botschaft von demselben Tage einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover u. s. w., dem Abgeordnetenhaus zugehen lassen.

Dieter Entwurf ist durch Bekanntmachung derselben vom 17. d. M. einer besonderen Commission zur Vorberatung überwiesen worden, welche ihn in einer Reihe von Sitzungen ihrer Prüfung unterzogen hat. Während dieser Beratungen sind noch 6 Petitionen aus Hannover und 2 Petitionen aus Nassau, welche sich sämlich gegen die sofortige Vereinigung dieser Staaten mit Preußen aussprechen, der Commission zu gleichem Zweck überreicht. Die königliche Staats-Regierung ist bei diesen Beratungen größtentheils durch den Herrn Minister-Präsidenten Grafen von Bismarck selbst und außerdem durch den Herrn Geh. Regierungsrath Wagener und den Herrn Geh. Legationsrat König vertreten gewesen.

Die königl. Botschaft und die Gesetzes-Vorlage verlündigt die Vereinigung der Lande des Königreichs Hannover u. s. w. mit der preußischen Monarchie und spricht damit zugleich aus, daß die bisherigen Dynastien in jenen Ländern zu regieren aufgehört haben, diese selbst aber vor Berreihung und Berücksichtigung bewahrt sind.

Die Commission erkannte darin den Beginn eines neuen Abschnitts nationaler Entwicklung und nahm die königliche Botschaft und die Gesetzes-Vorlage mit hoher Bevredigung auf. Vollst. Einvernehmen über die Aufgaben, welche der preußische Staat an der Hand dieses Gesetzes zu lösen hat, beauftragte die Verhandlungen zwischen der Staats-Regierung und der Commission von Anfang bis zu Ende.

Über das Recht der Vereinigung der eroberten Länder mit Preußen bemerkte der Bericht:

„Schon die bereits erwähnten, dem Abgeordnetenhaus eingereichten Petitionen machen die Prüfung der Frage nach dem Recht des preußischen Staates auf Einverleibung jener Länder für die Commission unvermeidlich. Der Herr Minister-Präsident nahm das seiner Ansicht nach völkerrechtlich anerkannte Recht der Eroberung mit vollster Wirkung für Preußen in Anspruch.“

Aus dem Schluß der Commission wurde entgegnet, daß der preußische Staat sich nach einem anderen Rechtstitel als dem der Eroberung umsehen müsse. Das sei die nämliche Gewalt, welche in der Gegenwart zur Rechts- und Staatsbildung nicht mehr ausreiche. Ein neuer Völkerrechtslehrer vertrete diesen antiken Standpunkt. Die Friedens-Preliminarien von Nikolsburg gewährten doch der im dänischen Kriege unterworfenen Befreiung der nördlichen Distrikte von Schleswig das Recht freier Abstimmung. Die Sanction des deutschen Volkes, zur Zeit allerdings nur repräsentiert in dem einzigen Reichstage des norddeutschen Bundes, sei jenen Rechtstitel der Eroberung zu legitimieren im Stande.“

Der Herr Minister-Präsident verwahrte sich gegen den Vorwurf der nächsten Gewalt und rechtfertigte die Eroberung mit dem Recht der deutschen Nation, zu existieren, zu atmen und sich zu einigen, zugleich aber mit dem

Rechte und der Pflicht Preußens, dieser deutschen Nation die für ihre Erfüllung nötige Basis zu liefern. Sodann hob er hervor, daß diese Angelegenheit nicht noch Wochen und Monate in der Schwebe bleiben dürfe und daß im Falle kriegerischer Verwicklungen der Parlamentsbeschuß von keinem Nutzen sein würde.

Die Commission in ihr er Mehrheit verkannte nicht, daß so lange der Krieg auch das Recht der Eroberung bestehé. So lange deutsche Staaten gegen einander mobil machten und die Entscheidung des Krieges anstreben, hätten sie die Folgen desselben zu tragen. Das Band des Friedens, mit welchem die Bundesakte bis zum 14. Juni d. J. die deutschen Stämme verbunden, hätten die preußischen Regierungen zerreißen; Preußen habe durch sein Eintreten für die nationale Reform dem Kriege eine höhere Weih gegeben.

Das moderne Völkerrecht zähle ebenso wie die ältere Doctrin die Erbteilung zu den geltenden Rechtstiteln für den Erwerb fremden Staatsgebiets. Der Gedanke, diesen Rechtstitel durch eine allgemeine Abstimmung zu bestätigen, fand in der Commission keinen Anfang, weil man sich sagte, daß dieselbe mehr Schein als Wesen sei. Aber auch die Zustimmung des Reichstages des norddeutschen Bundes hielt man weder für erforderlich noch für angemessen, da derselbe zur Zeit noch nicht existire, dazu nicht competent, auch überdies wegen seiner überwiegend preußischen Zusammensetzung zu einem derartigen Verdikt nicht geeignet sei. Die Commission war endlich mit dem Herrn Minister-Präsidenten darin einverstanden, daß mit einem Vorbehalt der Notwendigkeit der Zustimmung dieses Reichstages nur eine Verschiebung der staatsrechtlichen Sanction der Einverleibung jener Länder erreicht werde, welche man im Interesse der Machtstellung Preußens und Deutschlands dem Auslande gegenüber vermeiden müsse.

Was die völkerrechtliche Wirkung der Eroberungen für die inneren Rechtszustände der eroberten Länder betrifft, so erklärte die königliche Staats-Regierung sich darin, daß sie die bisherigen Verfassungen und die durch sie begründeten staatlichen Einrichtungen in den eroberten Ländern als erloschen betrachte; Verfassung und Dynastie sei von einander un trennbar, in Hannover die Dynastie viel älter als die Verfassung; mit jener sei auch diese bestreitig. Auch die neuere Doctrin des Völkerrechts hält nur das Privatrecht des Volkes und die damit zusammenhängenden Clärungen unbedingt aufrecht. Die Commission stützte sich in ihrer Mehrheit der Ansicht der Staats-Regierung an; für einzelne Mitglieder war die Erwägung mit maßgebend, daß eine jede Staats-Verfassung sich auf einen bestimmten Staat beziehe, dessen Existenz und Selbständigkeit vorausgehe und mit dem Untergange des Staates von selbst zusammenfalle.

Von den in der Minderheit der Commission befindlichen Mitgliedern behauptete eins, daß bis zur Einverleibung die alten Verfassungen Gelege weniger provisorische Geltung hätten. — Zwei andere Mitglieder machten gegen diese Wirkung des Eroberungsrechtes geltend, daß die preußische Regierung wiederholte erklärt habe, daß sie nur gegen die Regierungen und nicht gegen die Bevölkerungen Krieg führe.

Ramenlich wurde auf die Proclamation des Commandeur des preußischen Truppen, Generalmajors v. Beyer, an das katholische Volk vom 21. in Juni d. J. und die Bekanntmachung des preußischen Militärgouverneurs und des Civil-Commissionärs für die Dauer des Kriegszustandes beschränkt, welches durch die gegenwärtig angestrebte gesetzliche Regelung ein Ende gemacht werden sollte. Die Commission erklärte hierauf, daß die Proclamation eines Generals im feindlichen Lande kein bindender Staatsakt sei und daß dieselbe ebenso wie die Bekanntmachung des Militärgouverneurs und des Civil-Commissionärs sich auf die Dauer des Kriegszustandes beschränke, welches durch die gegenwärtig angestrebte gesetzliche Regelung ein Ende gemacht werden sollte. Die Commission erklärte in den ermächtigten Erklärungen der königlichen Staatsregierung und ihrer Organe mindestens eine erste ethische Verpflichtung, jenen Bevölkerungen einen verfassungsmäßig gesicherten, sie befriedigenden Rechtszustand wiederzugeben. Ein Recht (ius quasuum) der bisherigen Landesvertretung auf Mitwirkung bei der Entscheidung über die Einverleibung hält die Commission mit dem Untergange der staatsrechtlichen Selbständigkeit dieser Länder nicht vereinbar.

Die Vereinigung Hannovers usw. mit Preußen erschien der Commission politisch nothwendig und vortheilhaft. Man erkannte an, daß die Einverleibung ebenso sehr im preußischen als im Interesse des deutschen Vaterlandes sei. Der preußische Staat erwerbe mit den beabsichtigten Einverleibungen nicht nur ein Gebiet von beinahe 1000 Quadratmeilen und über 3 Millionen Einwohner, sondern er gewinne zugleich die für eine gesicherte Bevethaltung notwendige zusammenhängende Lage und jene deutschen Stämme, welche neben den Bevölkerungen die natürliche Vermittelung zwischen den Rheinlanden und den sogenannten östlichen Provinzen derselben bildeten. Damit sei eine neue Basis für eine gesunde staatliche Entwicklung Preußens gegeben. Das preußische Volk sehe in diesen Einverleibungen die echten Heilige seiner Pflichten und opferreichen Hingabe an den Staat in dem glücklich beendeten Kriege.

Was die mit Preußen zu vereinigenden Staaten betrifft, so sahen der Commission, nach den an das Abgeordnetenhaus gelangten Petitionen zu ähnlich, hauptsächlich in Hannover und dort wieder vorweg in einzelnen Kreis- und Beamtenkreisen ein Widerwillen gegen die Einverleibung zu erkennen. Der Herr Ministerpräsident erklärte inzwischen, daß ungleich mehr Petitionen für die Einverleibung in Preußen, namentlich aus Ostfriesland und Oldenburg, vereinzelte aus den alten hannoverschen Stammländern — dem Cahlenbergischen, Lüneburgischen und Göttingischen — bei der königlichen Staatsregierung eingegangen seien. In Nassau wünscht man bekanntlich in vielen Kreisen lebhafte die Einverleibung, die königliche Staatsregierung befindet sich im Besitz mehrerer, von ansehnlichen Familien des Landes ausgängiger, hierauf gerichteter Petitionen. In Bezug auf eine dem Abgeordnetenhaus überreichte Petition, in welcher 11 Grafschaften bez. ihrer Freiherren erschienen, daß sie sich durch ihren Treueid nach wie vor ihrem Landesherrn verpflichtet fühlen, bemerkte der Herr Minister, daß die Namen der Unterzeichner sich früher auch unter energischen Beschwerden über die Vereinigung ihrer Landes- und späteren Rechte gegen Preußen, 1813 die Schlesier, in dem Kriege dieses Jahres die Hessischen Landesbewohner zu den treuesten Streitern für Preußens Unabhängigkeit gemacht habe. Dazu sei aber unerlässlich, daß bei uns in Preußen die Verfassung zu allgemeiner Anerkennung ges lange und im Innern eine freifinnige Verwaltung einkreire.

Die Einverleibung jener Staaten in Preußen bildet endlich nach Ansicht der Commission einen gewaltigen Fortschritt in der nationalen Entwicklung. Deutschland werde erstaunen in der vergessenen Machtstellung seines größten und rein deutschen Staates, der deutsche Staat der Zukunft — so meine man — werde nur durch eine organische Verbindung der übrigen Staaten mit Preußen erscheinen.

Auch in der von der königlichen Staatsregierung zugestellten Schrift der gerechtfertigten Eigentümlichkeiten der einzuvorleibenden Länder erklärte die Commission eine in der Geschichte Preußens bewährte Regierungsmaxime. Sie vertheidigte sich nicht, daß die einzuvorleibenden Länder zum Theil vortreffliche Einrichtungen besäßen, welche nur bestreitend auf die preußischen Zustände zurückwirken könnten; beispielhaft: Hannover seine Justiz, Kurhessen sein freies Gemeindewesen. In welchem Umfang diese Einrichtungen jenen Ländern zu erhalten seien, lasse sich zur Zeit nicht bestimmten. Es stellte sich in der Commission der Grundzak fest, daß, soweit es die Einheit des Gesamtstaates irgend gestatte, den einzuvorleibenden Staaten provinzielle Selbständigkeit und Selbstverwaltung gewahrt bleibe. Für die Stellung der Staats-Regierung zu dieser Frage ist die Erklärung des Herrn Minister-Präsidenten bezeichnend: „Es folle erhalten bleiben, was Preußen irgend ertragen könne.“

IV.

Wenn gleich man in der Mehrheit der Commission sich darüber klar war, daß gerade die Bewahrung jener Rechts-Eigenthümlichkeiten ein Übergangsstadium notwendig mache, so stieß doch der in der Regierungs-Vorlage in § 1 eingeschlagene Weg auf ungetheilten Widerspruch.

1) Die Commission täuschte sich darüber nicht, daß sie mit der Annahme dieses Paragraphen als den aktuellen Rechtszustand in den mit der preußischen Krone zu vereinigenden Ländern die Personal-Union hinstelle und sich dagegen mit einer Vertheilung der Incorporation begnügen, ohne daß der Zeitpunkt den Eintritt der letzteren auch nur annähernd bestimmt sei. Weit entfernt davon, in der gegenwärtigen Frage irgend ein Misstrauen gegen die königl. Staats-Regierung auszusprechen zu wollen, glaubte die Commission doch an Lauenburg und an die große Anzahl der in der Verfassung vertheilten Gesetze einzurichten zu müssen, welche jetzt nach 16 Jahren noch nicht ins Leben getreten sind. Dabei verkannte man nicht, daß die Personal-Union zwischen benachbarten Staaten derselben Nation im Laufe der Zeit zu innigerer Verbindung im Wege der Real-Union gedrängt werde, und war auch der Gesichtsweise unseres Königshauses wohl eingedenkt, welches den Gedanken der StaatsEinheit in dem Mittelpunkt seiner Politik gestellt hatte. Dessen geachtet sah man die Gefahren einer — auch nur zeitweise in Aussicht genommenen — Personal Union für die inneren und für die auswärtigen Angelegenheiten, namentlich im gegenwärtigen Augenblick, scharf in's Auge.

Die Real-Union knüpfte eben ein ungleich innigeres und festeres Band und gewährte auch wegen der zur Lösung notwendigen Zustimmung einer von persönlichen Empfindungen nicht geleiteten Volksvertretung die Bürgschaft der Dauer. Die Personal-Union mit Neuhattel einerseits, die Einverleibung der hohenzollernischen Fürstenthümer andererseits liefertern hierfür den Beweis. An diese Auseinandersetzung reichte sich der Vorschlag, der Ueberschrift des Gesetzes sich anschließend,

in dem dispositiven, allein mit Gesetzkraft versehenen Theil der Regierungs-Vorlage (§ 1) den Grundzak der Vereinigung der neuen Länder mit der preußischen Monarchie auszusprechen.

Der Herr Minister-Präsident hob hervor, daß es sich hier um eine über jeder Parteifrage stehende, die Große Preußen betreffende Gesetzes-Vorlage handele.

Die Personal-Union sei für die preußische Regierung auf die Dauer nicht wünschenswerth und zur Entwicklung wahrer nationaler Kraft nicht geeignet. Wenn bei Lauenburg die Form der Personal-Union gewählt worden, so sei dies ein Act der Courtoisie gegen diesen Erstling preußischer Erwerbungen gewesen, aus welchem seinerlei Unbequemlichkeiten für den preußischen Staat hätten erwachsen können. Völlig unausführbar aber sei es, einschließlich Schleswig-Holsteins mit sechs verschiedenen Ländern von bedeutender Ausdehnung und sehr verschiedenen Eigenthümlichkeiten eine Personal-Union auf längere Zeit fortzuführen; das sei eine unregelmäßige Schöpfung, welche zur Stärkung Preußens nicht geeignet sei.

Was den gemachten Abänderungs-Vorschlag anbetreffe, so habe der demselben zu Grunde liegende Gesichtspunkt bereits im Staats-Ministerium Vertretung gefunden. Die dagegen mit Erfolg geltend gemachten Bedenken hätten darin bestanden, daß eine sofortige Einführung der Verfassung die Rechtseigenthümlichkeiten der mit Preußen zu vereinigenden Länder zerstören und die Regierung in dem folgenden Übergangsstadium allzuviel beanspruchen würde. Während dessen müsse dieselbe eine Art Dictatur beanspruchen; den einfachsten Ausdruck für die hierzu erforderliche königl. Machtvollkommenheit habe man in dem Art. 55 der preußischen Verfassung zu finden geglaubt.

Im weiteren Verlauf der Discussion erkannte der Ministerpräsident Namens der Staats-Regierung den vorstehend erwähnten Abänderungs-Vorschlag als eine Verbesserung der Regierungs-Vorlage an. Der § 1 der selben könne allerdings der Auslegung Raum bieten, als solle die Übernahme der Regierung in den neuen Landesteilen mit dem Rechte des Vorbesitzers erfolgen, was, wie gesagt, nicht in der Absicht liege. Der Ausdruck „Vereinigung“ schließe diese Voraussetzung aus.

2) Nach Berörterung der Personal-Union kam es in der Commission zu ausführlicher Erörterungen über die sofortige Einverleibung.

Gegen die von der Regierung verlangte zeitweise Dictatur und für die sofortige Einführung der Verfassung wurde ferner bemerkt:

dass es vor allen Dingen darauf ankomme, so schleunig wie möglich in den mit Preußen zu vereinigenden Ländern, wo nach der Theorie des Erbvertrages alle öffentlichen Rechtsverhältnisse erloschen sein sollten, einen öffentlichen Rechtszustand wiederherzustellen und die Bevölkerungen durch Gewährung der Grundrechte einem unbegrenzten Absolutismus zu entziehen.

Zur Unterstützung dieses Standpunktes berief sich ein Mitglied darauf, daß zu einer förmlichen Dictatur ein Bedürfnis nicht vorhanden sei. Die Bestimmungen der Verfassung Art. 63 über das vorläufige Gesetzgebungsbefugt und des Art. 111 in Verbindung mit dem Gesetz vom 4. Juni 1851 über

Der König von Hannover.

Unter dem Titel: „Trostbriefe für Hannover“ bringt die „K. 3.“ folger die Schilderung Georgii regis:

Schreibe ein Buch schreiben, wollte ich die Mißregierung von 1855 bis 1862 im Detail schildern; und wenn das schwache Ministerium Hammerstein-Windthorst von 1862 bis 1865 auch Manches that, das, was Vorries verbrochen, wieder gut zu machen, so geschah das meist wider Willen des Königs, wie dieser durch die Art, wie er seine Minister im vorigen Herbst zwang, ihren Abschied zu nehmen, deutlich bewies.

Georg wählte sich jetzt Fachminister, Männer, die sein persönliches Regiment duldeten, Männer, außer Baumeister, sämmtlich ohne alle staatsmännische Fähigkeit, geneigt. Ja zu sagen zu allem, was der König wünschte. Wie konnte das Ende anders sein, als es war?

Alle diese Dinge sind noch so sehr in der Erinnerung unseres Volkes, daß ich sie nicht im Einzelnen aufzählen will, dagegen will ich versuchen, aus dem Charakter Georg's dieselben zu erklären.

Der Hauptfehler des Königs ist die grenzenlose Meinung, die der selbe von seiner eigenen Würde, von dem Alter, der Größe und Bedeutung seiner Dynastie, von der Bedeutung seiner Lande, von der Güte des Königthums und der Pflicht des Gehorsams und der Unterthanen hat.

Wenn man die Reden sammelte, welche Georg seit 1855 gehalten hat, die Briefe, die er an Gemeinden und Einzelne hat ergehen lassen, die Telegraphen-Antworten und Glückwünsche, man würde Belege haben, mehr als man bedürfte.

Der zweite Fehler ist Verstellung und Heuchelei. Sein ganzes Wesen ist dadurch zur Unwahrheit geworden, daß er sich sehend stellt und von seiner Umgebung verlangt, ihn also zu betrachten. Wehe dem Unglücklichen, der es wagte, ihn an die Blindheit zu erinnern, sein Bedauern auszusprechen, daß er Dies oder Jenes nicht sehen könnte! Paraden abnehmen, Offiziere und Truppen wegen der Haltung zu loben, Kunstaustellungen zu besuchen und vor Bildern zu stehen, sich Bauernwirtschaften zeigen zu lassen und sie zu loben — dabei hört doch Alles auf! Selbst in den Tagen von Göttingen, als das Unglück sich schon an seine Fersen gehetzt, ging er mit dem Kronprinzen und Adjutanten nach dem Kirchhof vor dem Weenderthore, um sich das Grabmal Cäcilie Wyckens, der Flamme des Dichters der bezauberten Rose, zeigen zu lassen.

Wie viel von der Frömmigkeit und Christlichkeit, die der König bei jeder Gelegenheit zur Schau trug, gemacht ist, wie viel wahr, darüber gibt es verschiedene Ansichten. Der kirchliche Jargon war so sehr bei ihm zur Gewohnheit geworden, daß er selbst in der Proclamation von Langensalza an seine Truppen der heiligen Dreifaltigkeit und des Theuren, von dem Herrn und Heiland vergossenen Blutes Erwähnung that.

Der Gedanke, daß das Welfenreich „bis zu dem Tage bestehen werde, wo wir zusammen vor unserem göttlichen Heilande erscheinen“, war schon bei Einweihung der Christuskirche ausgesprochen. Neben den bisher erörterten Eigenschaften tritt die unabzählbare Herrschucht als Charakterzug hervor. Ausdehnung der Regierungsgewalt selbst über die Grenzen (z. B. der Stadtfreiheit) hinaus, welche die Minister für nötig hielten, Einnahme in die kleinsten Detailverhältnisse, Versprechen und Zusagen hinter dem Rücken der Minister haben diesen manche große Schwierigkeit bereitet.

den Belagerungszustand böten für exceptionelle Fälle während des Übergangsstadiums der Regierung die erforderliche Macht in hinreichernder Fülle.

So lange in der inneren Politik bei uns eine Wendung nicht eingetreten — bemerkte ein anderes Mitglied — sei die Anerkennung einer Dictatur für die Volksvertretung eine Unmöglichkeit.

Der Ministerpräsident erklärte noch einmal, daß die sofortige Einführung der Verfassung in den neuen Landesteilen unausführbar sei.

Die königl. Staats-Regierung wünsche für die Zwischenzeit nicht blos das Recht, körbel. Verordnungen, wie sie auf Grund der Verfassungs-Urkunde innerhalb Preußens statthaft seien, zu erlassen, sondern eine ehrlieke Dictatur, das heißt das Recht, anzurufen, was im Übergangsstadium zum Besten jener Länder notwendig sei, und zu befehlen, was diesem Besten widerspreche. Vor allen Dingen müsse die preußische Militär-Verfassung zur Ausführung gebracht werden, um die Wehrkraft der eroberten Länder für Preußen zu erhalten zu können. Die Mittel und Wege hierzu müsse sich die Regierung zunächst allein vorbehalten, da sie am besten über die dortigen Verhältnisse unterrichtet sei. Das Abgeordnetenhaus möge derselben vertrauen, da eine Besiedeltheit des Ziels kaum denkbar sei.

Da die Verfassung ihr gestatte, einzelne Artikel außer Kraft zu setzen, biete der Regierung keinen wünschenswerten Ausweg. Es würde ein Geistdienst der Unsicherheit darin liegen, wenn nach oder gleichzeitig mit der Einführung der Verfassung sofort Ausnahme-Maßregeln oder die theilweise Suspension der Verfassung in jenen Ländern verfügt werde.

V.

Die Commission, welche in ihrer Mehrheit sich zwar gegen die sofortige Einführung der Verfassung in den zu annexirenden Ländern aussprechen und der Regierung vorläufig freie Hand lassen zu müssen glaubte, hielt sich andererseits für verpflichtet:

- den Zeitraum bis zur Geltung der Verfassung durch Bestimmung eines festen End-Termins zu begrenzen;
- über die Grundsätze, von welchen die Regierung in den neuen Landesteilen während dieser Zeit sich leiten lassen werde, weitere beruhigende Erklärungen zu erlangen.

Zu a. Ein fester Termin macht die Geltung der Verfassung — namentlich des Art. 2 von den Rechten der Preußen — von dem Zustandekommen des mannsfachen Wechselsällen unterworfen, in § 2 vertheilten Gesetzes unabdingig, seit allen Hoffnungen und Bevorruhigen ein Ziel und würde — so hoffte die Commission — auch auf unsere neuen Mitbürger in den annexirten Staaten ihre beruhigende Wirkung nicht verfehlten.

Zu b. In Bezug auf die formalen politischen Rechte der neuen Staatsangehörigen versicherte der Herr Ministerpräsident, daß dies eben jedenfalls zu dem Reichstag des norddeutschen Bundes wählen würden. Was dagegen die bevorstehenden Volksvertretungen dieser Länder betrifft, so könne er, ohne dies gerade definitiv abzulehnen, doch eine Verpflichtung zu deren Beurteilung auch nur mit beruhender Stimme nicht eingehen.

Der Ministerpräsident deutete ferner an, daß es sich vielleicht empfehlen könnte, mit einem vereinigten Ausschuß aus den zu annexirenden Ländern über die neuen Organisationen sich in Verbindung zu setzen.

Endlich stellt er bestimmt in Aussicht, daß die Regierung in den annexirten Ländern eine Commission von höheren Beamten unter Vorsitz eines preußischen Beamten zur Beratung darüber zusammentreten lassen werde, wie die verschiedenen Rechtszustände auszugleichen und die Verschmelzung anzubahnen sei. Ingleichen würden zur Unterstützung des Ministeriums sachverständige Männer aus den neuen Landesteilen nach Berlin berufen werden.

Breslau, 4. September

Die Indemnität ist mit einer größeren Majorität bewilligt worden, als wir erwartet hatten. Nach diesem bedeutungsvollen Schritte des Abgeordnetenhauses liegt es nun in den Händen des Ministeriums, den Waffenstillstand oder, um die Worte des Ministers des Innern zu gebrauchen, „die Präliminar-Grundlagen in einem wahren, dauerhaften und fruchtbaren Frieden zu verwandeln“. Wir wollen hoffen, daß „die kleinlichen Plädoreien“, von denen in der Debatte mehrfach die Rede war, nunmehr endlich aufhören und daß die Einsicht sich immer mehr Bahn bricht, daß der preußische Staat keinen Schaden erleide, wenn auch hier oder da elliße liberale Stadträthe bestätigt und elliße Preßprozesse weniger verhandelt werden. Mit der Billigung der Indemnität und des geforderten Credits hat die Volksvertretung dem Ministerium ein großes Vertrauen bewiesen; wir wollen keinen Lohn für dieses Vertrauen, aber wir verlangen wenigstens, daß dasselbe erwährt werde. In der schweren Zeit des Kampfes haben alle Parteien durch die That be-

wiesen, daß sie von denselben Geiste des Patriotismus durchdrungen waren; nun wohl, erkenne man endlich an, daß, mögen wir auch, je nach unserer politischen Richtung, verschiedene Wege geben, die Liebe zum preußischen und deutschen Vaterlande doch jede Partei auf diesen Wegen begleitet. „Benimmen Sie uns die Indemnität und den Credit — rief der Minister des Innern den Abgeordneten zu — so ist die Regierung moralisch gezwungen, sich mehr Ihnen zuzuwenden, als es bisher der Fall war.“ Die Regierung, und insbesondere die Minister des Innern und der Justiz haben es in der Hand, jeden Tag diese Worte zur Wahrheit zu machen. Verschwinden aus unserem öffentlichen Staatsleben die Gehässigkeit und die Erbitterung, mit welcher die Parteien einander gegenüber standen, läßt man endlich die kläglichen Phrasen von „Vaterlandsverrat“, „Angriff auf die königlichen Rechte“ und dergl. fallen, Vorwürfe, mit denen die öffischen und ministeriellen Organe gegen die liberale Partei so freigiebig waren, so wollen wir den vierjährigen Kampf nicht als vergeblich gelaufen betrachten.

Wir brauchen die Einigkeit nothwendiger als je, denn das Ziel ist noch lange nicht erreicht. Die glorreichen Siege der Waffen haben uns erst den Boden geebnet, auf welchem das Gebäude durch friedliche Arbeit errichtet werden soll. Außer Hessen und Sachsen erhebt auch der Herzog von Meiningen Schwierigkeiten; er will durchaus von seinen Souveränitätsrechten nichts opfern. In Bezug auf Sachsen dürfen, wie man uns aus Berlin schreibt, in nächster Zeit ernste Schritte zu erwarten sein; die Festigungsarbeiten für Dresden sind schon wieder aufgenommen, preußische Truppen sind zur dauernden Besetzung bestimmt und in Frankfurt a. O. werden, wie man hört, sächsische Truppen erwartet. — Eine Correspondenz aus Dresden in der „Nord. A. Z.“ verlangt von Preußen „eine unbeugsame Energie, um im sächsischen Volke eine Umwandlung herzorzubringen, die mehr als alle Spitzfindigkeiten der sächsischen Diplomatie zu fordern vermag“.

Wir glauben, und wir stehen mit dieser Ansicht durchaus nicht allein — heißt es in dieser Correspondenz weiter, daß der geeignete Weg hierzu die Einführung einer Landes-Administration ist, welche die sogenannte Landes-Commission und den rechtswidrigen Stände-Landtag beseitigt, die Verfassung vom 13. November 1848 (die demokratische Verfassung) wiederherstellt und die Vertreter des Landes auf Grund derselben zusammenberuft, um unerwartet des Zusammentritts des norddeutschen Parlaments die Stimme des Volkes zu erheben. Es mag dabei nicht verblebt werden, daß man, naddem die Eroberung Sachsen's eine vollbrachte Thatache war und die Waffenstillstands-Verhandlungen schwieben, eine derartige Maßregel Seitens Preußens bereits erwartete, und man bedauert, daß sie nicht erfolgte.

Wir gebären wahrlich nicht zu den Anhängern von Gewaltacten, allein es gibt Verhältnisse, in denen sie sich als ein unabwendbares Gebot der Nothwendigkeit erweisen, und hier stehen wir vor einem solchen Verhältniß. Wäre König Johann wirklich der Fürst, dem die Wohlfahrt seines Landes über Alles geht, oder, mit der bekannten Beust'schen Phrase zu sprechen, wäre er wirklich bereit, wenn es dem Lande zum Heil gäte, seine Krone dreinzuwerfen, so ließe sich über diese Nothwendigkeit allerhand noch disputieren; allein es zeigt sich nun immer klarer, daß diese für denjenigen eine Person und Hauspolitik über Alles geht und daß er, weit entfernt, auch nur einen Theil seiner Souveränität dem Ganzen zum Opfer zu bringen, selbst die fremde Einigung à tout prix herbeiführen möchte. Hierzu redne man die Haltung, welche die specifisch clericale Partei zu der preußischen Politik angenommen und die Stellung des sächsischen Königs hauptsächlich zu derselben. Sapientia sat!

Über die zwischen Österreich und Italien noch schwebenden Friedens-Verhandlungen lauten die Nachrichten im Allgemeinen nur günstig. General Menabrea hat sich wenigstens mit dem Empfange, durch den ihn der Kaiser Franz Joseph ausgezeichnet hat, sehr zufrieden gezeigt, und man sieht einem baldigen Abschluß des Friedens entgegen. Im Gegenseite zu der von der Wiener „Presse“ aufgestellten Behauptung, daß vorläufig blos die Prinzipien festgestellt worden und die Einzelbestimmungen erst nach Abschluß des Friedens durch eine besondere Commission festgestellt werden sollen, glaubt eine pariser Correspondenz der „A. Z.“ versichern zu dürfen, daß man sich über Alles sogleich verständigen wird, und allenfalls nur Verabredungen, die sich auf Handels- und Zollverhältnisse beziehen, auf eine spätere Zeit aufgeschoben

Zollern nicht unterordnen wollte, weil er seine Macht überschätzte, in sein Verderben gerann!

Hannoveraner, hand auf das Herz, was verlieren wir an dem Könige Georg? Wir verlieren einen blinden, nicht zum Herrschen geschaffenen Mann voll Herrschsucht und Eitelkeit.

Aber der unschuldige Kronprinz? höre ich die Mitleidsvollen fragen.

Seht ihn nur an, wenn er zu Pferde sitzt, das Glas zwischen die Augen und die eingedrückte Nase geklemmt, mit läsiblem Gesicht! Er ist 21 Jahre alt, hat außer der jetzigen unfreiwilligen Reise und einigen Triumphzügen im Lande keine Reisen gemacht, keine Länder und Völker gesehen, er hat keine Universität besucht, von Kunst und Wissenschaft, von großartiger Industrie anderer Länder hat er keinen Begriff. Seit drei Jahren berechtigt, seinen Sit in erster Kammer einzunehmen, hat er niemals von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Er ist nicht zum Herrscher geboren, nicht zum Herrscher erzogen. Was soll er uns? Hannoveraner, lasst den Überglauen fallen, daß wir den Welsen angestammmt wären — wer aber daran hängt, der vergesse nicht, daß König Wilhelm aus demselben welfischen Blute abstammt und keinen Grab entfernt steht zu Herzog Georg oder Kurfürst Ernst August, als Ernst August II. resp. III.

[Beitrag zur Archäologie von Liegnitz] Das „Liegnitzer Stadtblatt“ schreibt: „Wer den für den Leser und namentlich auch für die Leiterin dieses Blattes sehr beachtenswerten historischen Roman: „Der Stadtschreiber von Liegnitz“ kennt, wird sich vielleicht aus der Erzählung erinnern, daß das Wohnzimmer der Herzogin Hedwig in dem heutigen Schloß Fenster hatte, welche einen Blick auf den Schloßhof und zugleich auf den Eingang zu dem Gefängnis des zum Tode verurteilten Bürgermeisters Bitich gestatteten.“

„Aus welcher Quelle der Verfasser des Romans die Kenntniß der damaligen Räumlichkeiten der Regentin gefäßt hat, ist uns nicht bekannt; wir sind jedoch in der Lage, durch eine merkwürdige Entdeckung, welche ein bedeutender Kunsthistoriker in dem südl. Flügel des Gebäudes vor einiger Zeit gemacht hat, die Glaubwürdigkeit der in diesem Romane enthaltenen Beschreibungen erhöhen zu können.“

„Es dürfte hier wohl allgemein bekannt sein, daß die Räume des Schlosses, welche bisher vom Militär bewohnt wurden, jetzt bedeutende Veränderungen erfahren. Bei diesem Umbau glaubte man einen durch Bretterverbläge lange unzugänglich gewesenen Erker beseitigen zu müssen. Letzterer war massiv und lag zum Theil innerhalb der starken Umgangswand, während der aus der Mauer vortretende Theil auf mächtigen Tragsteinen ruhte. Der Erker hatte in der Fazade ein großes und an jeder Seite ein kleineres, sogenanntes Spitzbogenfenster. Seine innere Breite betrug 6 Fuß und seine Tiefe 7 Fuß 10 Zoll. Der Raum war auf drei Seiten von steinernen Sitzbänken eingefasst. Die Decke bestand aus zwei Kreuzgrößen und war in der Mitte, also in der Verkürzungslinie der beiden inneren Kapellen, durch eine plastisch ausgeführte Blattroste geschmückt. Alle Wandflächen waren überzündet. Unter dieser Linie aber wurden durch sorgfältiges Abholzen derselben sehr alte, für die Geschichte des Fürstenhauses gewiß wertvolle Frescomalereien entdeckt. Es ist nun zwar gelungen, die höchst zierlich gemalten Ornamente der Decke, sowie auch vier große Wappen vollständig zu kopieren; die Darstellungen auf den Seitenwänden, welche weibliche Figuren in halber natürlicher Größe nebst landschaftlichen Hintergründen in lebhaften Farben erkennen ließen, konnten jedoch wegen der Kürze der Zeit, welche zum Kopiren gestattet war, nicht ganz blosgelegt werden und müssen daher, ungeachtet sie bereits Jahrhunderte überdauert hatten, nach ihrer neuzeitlichen Entdeckung gleich Eintagsfliegen ihr Dasein für immer beschließen. — Der reizende Schmollwinkel jener hohen, unbedeckten Dame, welcher ihr zu jeder Jahreszeit eine prächtige Aussicht gewährt haben muß, liegt um mehr als Bauschutt mit der Kerlerschwelle des unglücklichen Bürgermeisters auf gleichem Niveau.“

* Von Ludw. Habicht; Verlag von Ed. Trewendt. Breslau.

Georg V. ist, weil er keinen guten Rath befolgte, weil er sich den

werden dürfen, was sich in der That von selbst versteht. — Hinsichtlich des Einzuges Victor Emanuel's in Venetien schreibt man der „A. Z.“, daß der selbe wahrscheinlich nicht vor den letzten Tagen des September erfolgen werde, obwohl man mit den Vorbereitungen dazu schon jetzt beginnt. Italienische Officiere, welche aus Venetien zurückgekehrt sind, versichern, daß sie überall mit Jubel empfangen wurden, außer jenseits des Isonzo, wo die Bevölkerung allerdings entschieden österreichische Sympathien näbt. Dagegen soll an der Behauptung der Clericalen und Legitimisten nichts Wahres sein, wonach die Venetianer nicht sowohl die Vereinigung mit dem Königreich Italien als vielmehr die Wiederherstellung ihrer Autonomie in Form der Republik San Marco wünschten. Im Gegentheile wird versichert, man sehe heute allgemein ein, welchen Fehler man begangen, als man im Jahre 1848, statt sich sogleich der Monarchie Karl Albert's anzuschließen, die Errichtung einer Republik vorgezogen habe.

Über die Armeereorganisation, welche sofort nach Unterzeichnung des Friedens in umfassender Art stattfinden soll, melden florentiner Berichte, daß man bereits Vorbereihungen zu derselben treffe. Ebenso wird bestätigt, daß mit der Entwaffnung bereits begonnen ist und die Dienstpflichtigen der zweiten Kategorie von 1845 demnächst in ihre Heimath entlassen werden. Eine Ausnahme tritt nur wegen der Cholera für die in Genua, Neapel und auf der Insel Sicilien stationirten Regimenter ein. Unter den höheren Offizieren soll sich seit den erlittenen Niederlagen ein sehr bedenklicher Zwiespalt kundgeben, der bei einer Fortsetzung des Krieges leicht zu den verhängnisvollsten Conflicten hätte führen können; unter den gegenwärtigen Umständen hat er weniger Bedeutung, doch wird man deshalb die sonst wohl noch etwas verschobene Entwaffnung um so eifriger betreiben. Die Freiwilligen verlangen mit Ungeduld die Heimkehr. Bwar hat Garibaldi bis jetzt alle Urlaubsgesuche verworfen, doch werden bereits Maßregeln getroffen, um alle Volontär-Regimenter bis auf ein einziges, welches als Depot beibehalten wird, aufzulösen.

Aus Rom meldet man, daß nach der am 26. August stattgehabten Consecration des Bischofs von Marseille der Papst die Gefandten und die französischen Generäle zu einer Collation eingeladen habe, welche er den Prälaten, die bei der Ceremonie assistirt hatten, gab. Alle anderen Gäste waren Franzosen. Die Briefe machen darauf aufmerksam, daß nach einer alten Etikette der Papst niemalsemand zu seiner Tafel im Vatican geogen und daß dies seit sieben Jahrhunderten der erste in Rom consecrirt französische Bischof ist. Die römische Legion von Antibes erwartet man am 10. September. Bemerkenswerth ist, daß der Bischof von Padua, bisher einer der entschiedensten Vertheidiger des Papsthums, jetzt in seinem Kirchensprengel öffentliche Gebete für den König Victor Emanuel angeordnet und überdies die Pastoren eingeladen hat, zu Gunsten des neuen politischen Standes der Dinge in Italien zu predigen.

Die uns bis jetzt zugegangenen französischen Blätter äußern sich über die Enthaltung Drouyn de Lhuys, im Allgemeinen nur dahin, daß dieselbe mit einer Veränderung in den Gesinnungen des Tuilerien-Cabinets gegen Österreich im Zusammenhange stehe, über deren Ursachen jede nähere Aufklärung noch fehle. Man glaubt außerdem, daß der Kaiser fortan persönlich den auswärtigen Angelegenheiten die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden beabsichtigt und in seinem Minister des Auswärtigen einsaß den Vollstrecker seiner Willensmeinung erblicken will. Die Ernennung des Baron Bach zum Botschafter in Rom wird in maßgebenden Kreisen als nicht wahrscheinlich angesehen, da das wiener Cabinet hinlänglich davon unterrichtet ist, wie anstößig Frankreich diese Wahl sein würde. — Höchst vorsichtig äußert sich über den stattgefundenen Ministerwechsel die „A. Z.“, dieselbe erinnert in sehr anerkennender Weise zunächst daran, daß die Geschäftsführung Drouyn's in eine für Preußen sehr bedeutungsvolle Zeit gefallen sei und daß derselbe während dieser Zeit sich als das Organ des Kaisers bewiesen habe, durch welches die freundschaftlichen Beziehungen Frankreichs zu Preußen aufrecht erhalten worden seien. Über Herrn Moustier bemerkt sie sodann, daß in der Kenntniß der deutschen Frage, die derselbe auf seinen neuen Posten mitbringe, ein neues Pfand dafür gegeben sei, daß auch unter der Leitung dieses Staatsmannes die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich die herlichsten bleiben werden.

Unter den österreichischen Blättern erinnertnamenlich die „Presse“ daran, daß mit Drouyn der beste Freund scheide, welchen Österreich in den Tuilleries gehabt habe. Der Name Moustier's, sagt dasselbe Blatt, bedeutet nicht, wie seinerzeit der Thouvenel's den Krieg, sondern muß seine Bedeutung erst erhalten. Doch könnte er im Sinne einer energischeren Politik Frankreichs gebedeutet werden, umso mehr, da die großen Rüstungen Frankreichs von allen Seiten bestätigt werden. Man wird sich in Berlin darauf gefaßt machen müssen, die Compensations-Forderungen Frankreichs nicht mehr so leicht zu nehmen. Naheliegend ist, daß die gegenwärtige brennende Phase der orientalischen Frage, mit welcher de Moustier genau vertraut ist, alle Aufmerksamkeit Frankreichs in Anspruch nimmt. Vielleicht benutzt Napoleon die orientalische Frage, um die neue, ihm nach den heutigen Auspicien höchst ungünstige Consolidierung der europäischen Verhältnisse zu hindern. Dagegen glaubt das „Freudenblatt“, daß die Ernennung des Marquis de Moustier, welcher dem preußischen Hofe allerdings näher als dem österreichischen gestanden hat, wohl dadurch veranlaßt sei, daß derselbe ein gefährlicher Minister sein werde, als Drouyn de Lhuys. Uebrigens deutet auch dieses Blatt darauf hin, daß das Studium der orientalischen Frage Herrn v. Moustier besonders empfohlen haben möge. Zugleich bemerkt es: „Es sind mehrere Anzeichen vorhanden, daß den Beziehungen Frankreichs zu Preußen die orientalische Angelegenheit nicht fremd sei, und es scheint, daß die Ideen, welche Herr v. Bismarck über diese Frage in Biarritz und später vorgetragen hat, als brauchbar betrachtet wurden.“

Die „Indépendance“ will von einem Manifeste wissen, welches Napoleon III. erscheinen lassen will und welches in demselben Geiste gehalten sein werde, wie der Brief vom 11. Juni. „Es würde die Grundsätze aufstellen, welche nach der Ansicht des Kaisers für das europäische Gleichgewicht maßgebend sein sollen, und ohne die Absicht einer unmittelbaren Anwendung derselben anzukündigen, würde es doch das Eingreifen Frankreichs für den Fall in Aussicht stellen, daß gewisse Eventualitäten sich verwirklichen.“

In den englischen Blättern ist jetzt von den deutschen Verhältnissen wenig oder gar nicht die Rede. Dagegen beginnen, abgesehen von der Parlamentsreform, welche von „Daily News“, „Standard“ und „Post“ besprochen wird, besonders die Zustände in Amerika wieder die Aufmerksamkeit englischer Publizisten anzu ziehen, und die meisten stehen, wie zu erwarten, auf Seiten der Südstaaten.

Preußen.

■ Berlin, 3. September. [Die pariser Weltausstellung.] Gestern, wo nach Beendigung des Krieges die Werke des Friedens wieder mehr hervortreten, wendet man auch der pariser Weltausstellung wieder größere Aufmerksamkeit zu. Es war schon früher mitgetheilt worden, daß die äußeren Gallerien des Ausstellungslocales zu Verkaufsläden, Erholungsläden u. s. w. eingerichtet werden sollten; von Preußen war remonstriert worden, weil der Raum nicht entbehrt werden konnte, und man hatte sich endlich dazu verstanden, dem preußischen Raum einen Theil zu lassen, jedoch unter der Bedingung, daß er des Abends erleuchtet würde, damit das Ganze ein gleichmäßiges Aussehen bekäme. Gestern hat abermals die französische Commission die Forderung gestellt, daß dem Publikum gestattet werden solle, durch die ganze äußere Gallerie durchgehen zu können. Für die Erholungsläden war dies na-

türlich; geht das Publicum aber in den preußischen Theil hinein, so hat es auch Eintritt in den übrigen Raum; dadurch würden aber Diebstähle möglich, weil hier gerade die wertvollsten Sachen liegen und ist deshalb die Forderung gestellt worden, die preußische äußere Gallerie durch eine von oben bis unten gehende Wand abzutrennen und hat man sich hier entschlossen, dies zu thun; dadurch trat aber ein anderer Uebelstand hervor, nämlich, daß die Arrangements, welche für die Aufstellung der Gegenstände getroffen waren, ganz umgeworfen werden müssen, da man nicht die Absicht hat, wertvolle Gegenstände in diesen Räumen zu lassen; es sollen also nur solche dort aufgestellt werden, welche keinen Wert haben, wie Wein, da die Flaschen keinen Wein, sondern nur Flüssigkeiten und Etiquette enthalten, während der Wein selbst in Lagerräumen liegt, Glaskästen mit Waarenproben und dergl. Die vermehrte Arbeit hat es nun nötig gemacht, auch noch neue Arbeitskräfte anzu stellen. Da ferner für Preußen, Österreich und die übrigen deutschen Staaten drei gleich große Räume zur Disposition gestellt waren, der siegreiche Krieg aber die Verhältnisse geändert hat, so sind Verhandlungen mit den diesseits des Main gelegenen Staaten eröffnet, damit sich alle in dieser Angelegenheit unter Preußen's Führung stellen möchten. Wie man hört, wollen diese Staaten auch der preußischen Aufforderung entsprechen, nur Sachen scheint auch in dieser Beziehung eine exceptionelle Stellung einzunehmen zu wollen. Es steht zu erwarten, daß in der nächsten Zeit in Berlin Bevollmächtigte zu einer Besprechung dieser Angelegenheit zusammenentreten werden.

[Die Verhandlungen der herzoglich meiningschen Regierung] wegen des Anschlusses des Herzogthums an das preußische Bündniß haben, wie wir vernehmen, zu keinem Resultate geführt und sind in Folge dessen abgebrochen worden. Es scheint, daß der Herzog von Meiningen, welcher im Widerspruch mit den Interessen und den eigenen Wünschen seines Landes unter den thüringischen Fürsten der Einige war, der in der Sitzung des vormaligen Bundesstages am 14. Juni d. J. an Preußen den Krieg erklärt, diejenigen Bedingungen nicht zu erfüllen gesonnen ist, welche die preußische Regierung zur Sicherung der Stellung des Herzogthums in dem neuen Bundesverhältniß als notwendig erachtet. Preußen hat in Folge dessen auf weitere Verhandlungen mit dem Herzog verzichtet, aber in Aussicht gestellt, daß, falls eine Übertragung der Regierung des Herzogthums an den Erbprinzen, welcher Beweise seiner preußienfreundlichen Gesinnung stets gegeben hat, erfolgen sollte, dem meiningschen Lande besondere Opfer nicht auferlegt werden würden.

[Die Königin von Hannover.] Die „Nordd. A. Z.“ schreibt: Den „Publizist“ bringt unter Berlin, den 31. v. Mts., die Nachricht, daß die königliche Regierung den Gefandten Prinzen zu Ysenburg mit dem vertraulichen Auftrage nach Hannover gesandt habe, um d. Maj. die Königin Marie auf dem Schloß Herrenhausen zu bestimmen, Ihren Aufenthalt außerhalb des Königreichs Hannover zu nehmen.

Diese Nachricht ist ohne jede Begründung. Es hat weder eine Sendung des Prinzen von Ysenburg zu diesem Zwecke stattgefunden, noch sind überaupt Verhandlungen wegen eines Wechsels des Aufenthalts Ihrer Majestät in Hannover nicht bewogen, derselben einen Zwang in Betreff des Aufenthaltes aufzulegen.

[Dem Abgeordneten Herrn Dr. Joh. Jacoby] wurde, wie die „Volksz.“ schreibt, an Sonntag Vormittag nach 10 Uhr durch eine Deputation des Berliner Arbeiter-Vereins eine Adresse überreicht, welche neben der Anerkennung für die jahrelange unermüdliche Thätigkeit Jacoby's für verfassungsmäßige Freiheit unseres engeren preußischen, somit für die geistige Entwicklung unseres gesammten Deutschen Vaterlandes, insbesondere lebhafte Freude ausdrückt über die von Dr. Jacoby am 23. August im Abgeordnetenhaus — gelegentlich der Adressdebatte — gehaltene Rede. — In seiner Antwort erklärte Dr. Jacoby, daß er von der Anerkennung der Männer der Arbeit, die sich unbekürt von der mächtigen Tagessstromung ihr ruhiges, befreites Mannesurthilfe erhalten hätten, lebhaft erfreut sei. Überrascht sei er freilich davon nicht, denn als Vorsteher des Königsberger Handwerkerbundes habe er seit Jahren Gelegenheit gehabt, den Werth, die innere Tüchtigkeit der arbeitenden Klassen kennen zu lernen. Aller Orient im Deutschen Vaterlande sei das Selbstgefühl, die Selbstachtung im Arbeitervadle erwacht und erstaunt; das daher rührende erste rege Streben der Arbeitervereine nach geistiger fülliger Bildung, nach bürgerlicher Gleichberechtigung und freiem menschenwürdigem Dasein, es werde, es müsse, und hoffentlich in nicht ferner Zeit von Erfolg gekrönt werden. Die Zukunft gehöre uns. Rechtsgleichheit, Freiheit, Bruderliebe! so lautet der Wahlspruch auf unserem Banner.

— Dr. Dr. Jacoby unterhielt sich noch längere Zeit mit den Mitgliedern der Deputation, welche nach 11 Uhr den verehrten Abgeordneten verließ. [Beschlagnahme.] Die Polizei hat die Broschüre: „Die gewählte preußische Volksvertretung in der Winteression von 1866, von Dr. Gust. Levinstein in Berlin, Verlag von Franz Duncker“, confisziert.

Köln, 31. August. [Behufs Auswechselung der kriegsgefangenen Baiern und Österreicher] ging heute Morgen ein starkes Infanterie-Commando unter dem Befehle eines Offiziers von hier nach Jülich zur Abnahme der dort detinirten Baiern und Österreicher mit der Eisenbahn ab. Die Baiern werden schon heute bis Frankfurt a. M. weiter befördert, wohingegen die Österreicher erst übermorgen den Rückweg nach der Heimath antreten. (Rh. A. Z.)

Deutschland.

Wiesbaden, 1. September. [Die Ruhestörungen.] Soeben erscheint folgende Bekanntmachung: „Nachdem in diesen Tagen wiederholt lärmende Auftritte und Ruhestörungen durch Zusammenrotten auf den Straßen stattgefunden, wird hiermit bekannt gemacht, daß diejenigen, welche bei solchen Gelegenheiten der an sie ergangenen polizeilichen Aufforderung, sich zu entfernen, nicht sofort ernstlich Folge leisten, Geldstrafe bis zu 3 fl. oder entsprechende Arreststrafe, nach Befund auch Ausweisung aus hiesiger Stadt zu erwarten haben. Wiesbaden, 31. Aug. 1866. Herzogl. Polizeidirection. v. Höhler.“ Die legten Abrede verlesen rubig, nachdem verschiedene Schreier und Schreierinnen in Polizeigewahrsam gebracht worden waren. Namentlich waren keine Zusammensetzungen am Michelsberg mehr zu bemerken. Die eingetragenen nassauischen Soldaten haben sich (an ihrer Ehre sei es gesagt) an jenen Auftritten nicht beteiligt und eine Haltung angenommen, welche auf ein kameradschaftliches Verhältniß zu ihren preußischen Waffenbrüdern schließen läßt. (Frank. Z.)

△ Kassel, 1. Septbr. [Zur Einverleibung. — Rückkehr der kurhessischen Truppen.] Die königl. Einverleibungs-Botschaft vom 17. v. M. kam hier seiner Zeit ziemlich unerwartet. Man konnte die Annexion voraussehen; dennoch glaubte man nicht, daß sie so schnell und so einfach vor sich gehen würde. Keine Befragung des Volkes, der Stände, kein Widerspruch fremder Mächte. Es machte sich ordentlich unheimlich, durch ein Wort Bismarck's das Schicksal eines ganzen Landes, eines alten Volkes mit allen seinen Erinnerungen und Eigenheiten vollständig umgewälzt zu sehen. Indes der größere, namentlich der intelligente Theil der Bevölkerung begrüßte die Maßregel mit Freude, in der Hoffnung, daß das alte schlechte Regiment nun einem besseren Platz machen werde. Man wünschte nur baldige Ordnung der Verhältnisse. In circa 3 Tagen, dachte man, würde das Abgeordnetenhaus die Vorlage erledigt haben und dann werde hier die Einverleibung

veröffentlicht werden. Doch: die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt die — Begrüßung des Abgeordnetenhauses. Wenn man hier auch den Lieblingswunsch einer reinen Personal-Union mit Preußen einigermaßen aufgegeben hat, so erwarte man doch Belassung des jetzigen Gerichts- und Verwaltungssystems, eigene Finanz-Verwaltung, Einberufung der Stände und Beibehaltung der 1831er Verfassung (die zwar fast nie zur Anwendung gekommen ist). — Die preußische Regierung, die mit kluger Politik ja jetzt überall den Verhältnissen mehr Rechnung zu tragen scheint, wird hoffentlich obige Punkte dem hessischen Volke wenigstens vorerst gewähren, damit der Gross — der wirklich seit einigen Tagen in der Lust zu schwelen scheint — nicht erst Wurzel fasst kann. Mit Hilfe des deutschen Parlaments wird sie dann weit leichter nötige Octroyirungen erreichen können, als jetzt mit Hilfe des Abgeordneten-Hauses. — Die kurhessischen Truppen kommen nun nach und nach zurück. Man soll ihnen preußischerseits schon die Bergünftigung eingeräumt haben: mit den Waffen und Klingendem Spiele hier wieder einzurücken, um erst hier aufgelöst zu werden. Inzwischen sind jedoch die Schlageren in Mainz vorgekommen, und auch hier waren dergl. zu befürchten; die niederer Stände, Dienstboten &c. sind sehr erbittert auf die Preußen, der kurhessische Soldat ist auf den preußischen eifersüchtig und nicht gebildet genug, um mit dieser Eifersucht zurückzuhalten: man befürchtet daher allgemein, daß es zu Neideleien kommen könnte. Deshalb sind die kurh. Soldaten zum Theil schon unterwegs entlassen oder (bis auf's Seitengewehr) entwaffnet worden, und ich glaube nicht, daß die noch hier ankommenden selbstdächtig hier einrücken werden. Die Mannschaften werden alle entlassen, bis auf einen kleinen Stamm, der vorläufig bei den Bürgern einquartiert wird. Demnach werden wir unsere Einquartierung immer noch nicht los. Der Stab der Armee ist ebenfalls gestern und heut hier angekommen, der höchst-commandirende Herr v. Lößberg dabei.

Dresden, 2. Septbr. [Prinz Friedrich Karl.] Die „Dresden-Nach.“ schreiben: Dem Vernehmen nach wird sich der Prinz Friedrich Karl von Preußen bis morgen hier aufzuhalten und alsdann nach Berlin zurückzukehren. Seine persönliche Unwesenheit in Dresden, die sich den Blicken des Publikums durchaus nicht entzieht, wird nun wohl endlich den Theil unserer Einwohnerschaft, der bisher noch immer an seine Gefangennahme durch die Österreicher glaubte, darüber belehren, daß die hierauf bezügliche Nachricht zu den vielen „Enten“ gehörte, mit denen wir während des vergangenen Krieges von gewisser Seite hier über-schüttet wurden.

△ Hamburg, 2. Sept. [Regierungs-Präsident Lesser. — Sonntagses.] Der ehemalige Präsident der holsteinischen Landesregierung in Kiel, Lesser, welcher bekanntlich vor dem Ausbrüche des letzten Krieges in der holsteinischen Stadt Jybs in dem Augenblick verhaftet wurde, in welchem er laut Vollmacht des Statthalters v. Gablenz die holsteinische Ständeversammlung eröffnen wollte, begab sich später, nachdem er aus der preußischen Haft entlassen worden war, nach Wien, um für die künftige Stellung der „gesinnungstreuen“ schleswig-holsteinischen Beamten zu wirken. Nachdem ihm dies mit Beziehung auf die Abfassung des vorigen Friedensvertrages gelungen ist, ist Herr Lesser jetzt nach den Herzogthümern zurückgekehrt, deozort mit dem Comitatus des Franz-Josephs-Ordens. — Laut einer mir von dem Otto Meissner'schen Buchhandlung hierfür gewordenen Mitteilung hat das in Leipzig erscheinende „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ die Aufnahme eines das Arnold Ruge'sche Manifest an die deutsche Nation betreffenden Circulars verweigert, „weil Ruge's Manifest in Sachen verboten ist“. Meines Erachtens verdient dieser Übergriff der sächsischen Behörden gegen den gesammten deutschen Buchhandel an die Deffensicht gestellt zu werden, damit Wandel geschafft werde.

Flensburg, 2. Sept. [Dänische Vertrauensmänner.] Vorigen Donnerstag sind sogenannte dänischgesinnte Vertrauensmänner aus Nordschleswig, inclusive Flensburg, wie es heißt, 45 wohlhabende Landsbesitzer und andere namhafte Persönlichkeiten, in aller Stille nach Berlin abgereist, um bei Sr. Majestät dem Könige von Preußen für die Abtreterung der nördlichen Hälfte des Herzogthums Schleswig an Dänemark zu wirken. Auch aus Angeln soll augenblicklich eine Deputation zu demselben Zwecke in Berlin anwesend sein. (H. N.)

Tönning, 1. Sept. [Zu dem bereits erwähnten Unglücksfall] wird der „Volksz.“ geschrieben: Um Uebertreibungen und falschen Gerichten, wie sie gestern schon die „Hamburger Nachrichten“ brachten, vorzubeugen, bitte ich um Veröffentlichung nachstehender Zeilen: Die 7. Comp. 16. Landw.-Rgmts. marschierte vorgestern von ihrem bisherigen Cottontements-Quartier Heide nach Tönning. Der Übergang über die Eider geschah bei sehr unruhigem Wasser in großen und kleinen Booten. In einem der letzteren befanden sich:

1. Lieutenant und Adjutant Hagpiel (Limburg),
2. Vice-Feldwebel C. Binger (Saarbrücken),
3. Unteroffizier Rothe (Hattingen),
4. Gefreiter Krämpe (Witten),
5. Wehrmann W. Lindemann (Sprockförel),
6. do. G. Haumann do.
7. do. Kappert (Steele),
8. do. Zumbirke (Bochum).

Etwa in der Mitte der Eider, die hier 10 Minuten breit ist, schlugen die Wellen so stark in den Kahn, daß er sank. Von unsren Leuten konnten die unter 6 und 8 aufgeführt nicht schwimmen und entrannten in den ersten Minuten. Wir Andern hielten uns ungefähr 15—16 Minuten durch Schwimmen über Wasser und erst als ein Kahn zur Rettung in unsrer unmittelbaren Nähe war, sanken Kappert und Lindemann. Also der Opfer 4, während die anderen 4 glücklich das Land erreichten. Die Ursache des Unglücks scheint Ueberladung des Kahns gewesen zu sein; der Schiffer hatte Gepäck und Gewehre nicht berücksichtigt.

Österreich.

Olmütz, 2. Sept. [Aufhebung des Ausnahmszustandes.] Vom hiesigen t. t. Festungs-Commando wurde folgende Kundmachung erlassen:

„Nachdem am 30. August zwischen dem Kaiserthum Österreich und dem Königreich Preußen der Friedensschluß erfolgt ist, wird der mittels der Kundmachung vom 16. Juli d. J. über die Festung Olmütz und deren Rayon verhängte Kriegszustand sammt den dadurch bedingten und den mit der Kundmachung des Festungs-Commandos vom 3. Juli d. J. eingeführten Ausnahmsmaßnahmen von heute aufgehoben. Hierdurch wird die außerordentliche Strafgerichtsbarkeit des Militärgerichtes eingestellt und wird die Kompetenz des t. t. Civilgerichts in ihrem vollen Umfange wiederhergestellt. Olmütz, am 1. Septbr. 1866. Baron Jablonksi, Feldmarschall-Lieutenant und Festungs-Commandant.“

△ Brixen, 2. September. [Rückmarsch der Truppen. — Gesundheitszustand. — Herzog von Ujest. — Cholera.] Meine neulichen Mittelheilungen bezüglich der Ankunft der Truppen des 6. Armee-corps bestätigen sich vollkommen, und treffen dieselben, wie schon erwähnt, am 18. d. M. in Breslau ein. Inzwischen haben dieselben schon gestern und vorgestern ihre Cottontements in der Umgegend von Brünn und in Brünn selbst verlassen und sind 6—7 Meilen weiter zurückgerückt. Heute sind 2 Bataillone des 3. Niederschl. Inf.-Regts. Nr. 50 hier einmarschiert, gehen aber morgen schon in der Richtung auf Landekron weiter, marschieren nach Roßwasser und überschreiten in der Gegend von Mittelwalde die preußische Grenze. Leider ist der unheimliche Gast, die Cholera, von Neuem, unter den Truppen eingeführt, rastet indefsen, Gott sei Dank, nur wenige Opfer hinweg, tritt aber, wo er einfährt, mit großer Intensität auf. Vorgestern erkrankte ein Offizier vom 4. Bat. des 3. Niederschl. Inf.-Regts. Nr. 50, Lieut. Stapfeld, sonst

Lantwehrfizier, an dieser schrecklichen Krankheit und wurde sofort nach dem Kloster der Barmherzigen Brüder nach Lettowis geschafft, wo er nach 2 Stunden starb. Der Gesundheitszustand der Truppen ist sonst ein sehr befriedigender zu nennen, wozu das günstige Wetter nicht wenig beiträgt. Leider ist es seit gestern umgeschlagen; es hat die ganze Nacht hindurch geregnet. — In meinem letzten Briefe meldete ich Ihnen, daß der Herr General-Gouverneur von Mähren, Herzog von Ujest, Brünn verlassen habe, um nicht wieder zurückzukehren. Nur der erste Theil meiner Mittheilung ist richtig. Der Herr Gouverneur hat Brünn nur auf einen Tag einer kurzen Dienstreise verlassen und ist wieder eingetroffen. Der Herzog wird so lange in Brünn bleiben, bis Mähren vollständig von den preußischen Truppen geräumt ist, was mindestens noch etwa 8 Tage in Anspruch nehmen dürfte. Dagegen ist der Civil-commissarius, Landrat v. Puttkamer, definitiv von Brünn abgereist. — Nach verläßlichen Nachrichten aus Brünn sind in der Zeit vom 18. Juli bis 28. August unter der dortigen Civil-Bevölkerung 1670 Cholera-Eikrankungen vorgekommen, von welchen 831 einen tödlichen Ausgang nahmen. In derselben Zeit haben sich unter den preußischen Truppen 1820 Todesfälle an der Cholera ergeben. So meldet in halbamlicher Weise ein Brünner Blatt vom 1. August d. J.

Paris, 1. Sept.

[Das Schreiben des Kaisers Napoleon an Victor Emanuel], welches wir bereits telegraphisch mitgetheilt haben, lautet nach dem „Moniteur“ wörtlich:

St. Cloud, 11. August 1866.

Mein Herr Bruder! Ich habe mit Vorsicht vernommen, daß Th. Majestät dem Waffenstillstande und den Friedens-Präliminarien, die zwischen dem König von Preußen und dem Kaiser von Österreich unterzeichnet worden, beigetreten sind. Es ist also wahrscheinlich, daß eine neue Ära der Ruhe für Europa ansteht. Th. Mai. weiß, daß ich das Anerbieten Venetiens angenommen habe, um dieses Land vor jeder Verlustung zu bewahren und unnützes Blutvergießen zu verhüten. Mein Zweck ist stets gewesen, es sich selbst wiedergeben, damit Italien frei sei von den Alpen bis zur Adria. Selbstbewußt seines Schicksals, wird Venetiens bald durch die allgemeine Abstimmung seinen Willen fundum können. Th. Majestät wird anerkennt, daß in dieser Anzelegenheit Frankreich abermals im Interesse der Menschheit und der Völkerfreiheit gehandelt hat. Ich betrüftige Ihnen auf's Neue die Gefühle der Hochachtung und aufrichtigen Freundschaft, mit denen ich den Th. Majestät guten Bruder

Napoleon.

Der „Moniteur“ leitet diesen Brief mit folgenden Worten ein:

„Als der Kaiser die Abtreuung Venetiens annahm, leitete ihn der Wunsch, eine der Hauptzwecke des letzten Krieges befehligen und die Einstellung der Feindseligkeiten beileunigen zu helfen. Soviel als die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes in Italien beschlossen war, bat die Regierung Sr. Majestät ihre Käthe darauf verwandt, den Friedensschluß zwischen den Cabinetten von Wien und Florenz anzubauen. Es war nothwendig, zuvor die Session zu regeln, die Sr. Majestät vom Kaiser Franz Joseph angerufen worden. Zu diesem Zweck wurde am 24. August zwischen Frankreich und Österreich ein Vertrag unterzeichnet und die Ratifikation steht heute (31. August) in Wien ausgewechselt worden. Kraft dieses Vertrages wird die Auslieferung der Festungen und des Landesgebietes des lombardisch-benetianischen Königreiches durch einen österreichischen Commissar an den französischen Commissar erfolgen, der sich jetzt bereits in Venetiens befindet. Der Beauftragte Frankreichs wird sich sodann mit den venetianischen Behörden in's Einbernehmen sehen, um ihnen die Besitzrechte, die er in Empfang genommen haben wird, auszuantworten, und die Bevölkerung wird aufgerufen werden, sich selbst über das weitere Schicksal ihres Landes auszusprechen. Unter diesem Vorbehalt hat Sr. Majestät ihren Anstand genommen, seit dem 29. Juli zu erklären, daß sie in die Vereinigung der von Österreich abgetrennten Provinzen mit dem Königreich Italien einwillige. Der Kaiser hat seine Absichten Sr. Majestät dem Könige Victor Emanuel durch folgenden Brief kundgegeben.“

[Frankreich und Deutschland.] Das „Pays“ beginnt eine Reihe von Artikeln über die Neugestaltung Deutschlands. Heute sucht das inspirierte Blatt blos nachzuweisen, daß der Antagonismus zwischen Preußen und Österreich zu einem Kriege führen müste, daß Österreich, falls es gezeigt hätte, zu ähnlichen Einverleibungen geschritten wäre, wie jetzt Preußen. Ja, das „Pays“ macht auch kein Hehl daraus, daß die weitere Folge der eben vor sich gegangenen Ereignisse die völlige Einigung Deutschlands sein müsse. Die Anziehungskraft Preußens werde sich als eine unüberstehbliche erweisen. Nun fragt es sich blos, wie Frankreich sich dabei zu verhalten habe und ob aus dieser gewaltigen Veränderung des europäischen Gleichgewichtes neue Pflichten und neue Rechte für Frankreich sich ergeben, und die Antwort auf diese Frage wird das „Pays“ in einem zweiten Artikel geben. — Das „Journal des Débats“ äußert sich in folgender Weise:

„Meint man, die Politik müsse heut sein, was sie unter dem alten Regime gewesen, ein Staat darf nur daran denken, wie er sich vergroßere und als kann die anderen verhindere, ein Gleches zu thun; er müsse alles, was seinen Nachbarn zwächt, als einen Schaden für sich selbst betrachten und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suchen? Verlangt man das, so möde man es ungescheit sagen! Diese Politik würde nicht das Verdienst der Neuheit, aber der Klarheit haben. Es würde schwer fallen, sie mit dem Nationalitäts-Princip, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit dem modernen Recht, das an die Stelle des alten getreten, und mit den Grundsätzen von 89 in Einklang zu bringen. Eine Übereinstimmung wäre schwer herzustellen, aber einzeln betrachtet und für sich genommen, bildet diese Politik ein logisches Ganze. Sie hat Anfang, Mitte und Ende. Ihr Urprung ist die menschliche Selbstsucht, die sich von den Regeln der Moral losgesagt hat, ihr Zweck ist das Eigentherese und ihre Mittel findet man d. s. Präluten im Machiavelli erörtert. Nun wohl! Wir glauben, daß diese Politik viel von ihrer Machthabern verloren hat, und wir wünschen, daß sie d' selbe eines Tages ganz und gar verliere. Diese Hoffnung wird von vielen ein ficht-vollen Leuten gehabt. Sie wird vielleicht getäuscht werden, aber sie macht unserem Geistalter Ehre und man darf sie nicht enttäuschen. Wir sehen noch einer gewissen Wohlmeinung, welche zu verhindern lindisch sein würde, wie die französische Meinung begreift, daß in dem, was in Deutschland vorgeht, im Grunde nicht Alles ungerecht ist; trotz vieler fadens- und bedauernden Handlungen besteht doch ein großer Unterschied zwischen Preußen, das sich mit den englischen Banden den verschiedenen Gliedern des deutschen Staates anschickt, und Österreich, das die italienischen Völker bedrängt, oder Russland, das die Polen zerstört. Ein Gefühl der Billigkeit mißt sich in die noch bestehenden nationalen Vorurtheile. Nicht diese, sondern jenes Ge- fühl ermutigen wir und schämen uns nicht, dies offen zu gestehen. Frankreich, das eine nationale Einheit trotz aller Hindernisse bearbeitete, schon längst die Einheit Englands zu zerstören versuchte und der Einheit Italiens wohlwollend zu Hause kam, kann die Einheit Deutschlands ohne Zorn und ohne Furcht hinnehmen. Vergessen wir nicht, daß die handelnden Personen der Gegenwart mit ihren Fehlern und Mängeln von der Bühne der Welt abtreten, die Nationen aber bestehen bleiben werden. Nun, die Nationen, von denen wir hier sprechen, das sind die vier großen civilisierten Völker Europa's, und ihre Freundschaft kann von dauerhafter und heilsamer Wirkung sein für das Glück der Menschheit.“

[Die Mission der Herren Ozenne und Barbier.] Die Regierung läßt es sich auch angelegen sein, unter der Hand zu erklären, daß die Herren Ozenne und Barbier durchaus nicht nach Berlin gesandt worden, um wegen der Saargruben zu verhandeln, sondern ihre Anwesenheit in der preußischen Hauptstadt beziehe sich auf die Unwendung der Handelsgesetze über Zucker. Was in hiesigen politischen Kreisen verlautet und wie auch aus der Haltung gewisser Blätter hervorzuzeichnen scheint, wird die französische Regierung ihre zuwartende Stellung in der deutlichen Frage nicht aufzeigen.

[Zur römischen Frage.] Die Gerichte von der Möglichkeit einer Familienverbindung zwischen der österreichischen und der italienischen Dynastie sollen, so schreibt man der „R. B.“, in Rom einen zweifachen Eindruck hervorgerufen haben. Die einen freuen sich deswegen, weil Österreichs Einfluß zu Gunsten des Papstthums sich thätig erweise könnte, die Anderen beurtheilen die Eventualität ganz anders und fürchten, der wiener Hof werde sich dann noch gefährlicher gegen Italien zeigen. Hier scheint man sich jedes amtlichen Schrittes enthalten zu

wollen, doch spricht man davon, Senator Laqueromière habe eine häßliche Sendung an den Papst. „Il va à Rome pour enguirlander le pape!“ sagte ein Diplomat lachend zu mir; ich glaube, der Senator wollte sich eine Gelegenheit verschaffen, Rom und den Papst zu sehen.

[Abseßungen liberaler Gemeind erathé.] Der „Siclé“ widmet den in letzter Zeit sich bedeutend mehrenden Suspensionen und Abseßungen liberaler Gemeinderäthe einen großen Artikel. „Das ist ja, sagt er, eine förmliche Epidemie. Sie ist zuerst in Vienne ausgebrochen und hat sich über verschiedene der Hauptstädte des Südens, wie Arles und Toulouse, verbreitet und bedroht nun auch andere Städte. Sie befallt die Gemeinderäthe und rafft sie in der Blüthe der Jahre, zum schweren Leidwesen ihrer Eltern, der Wähler, dahin. Diese Epidemie ist die auf dem Verwaltungswege verfügte Suspension.“ . . . In sehr nachdrücklichen Worten ruft der „Siclé“ diese Überhandnahmen der Magistraturen der aus dem allgemeinen Stimmrechte hervorgegangenen Körperschaften und macht noch ganz besonders darauf aufmerksam, daß die Verwaltung niemals es für nothig findet, einen Grund für ihr discretionäres Einschreiten anzugeben, während doch schon die Verfassung vom Jahre III den Grundsatz aufgestellt habe: „Jede Verfassung, welche einen Act cassiert und einen Verwaltungsbeamten suspendirt oder absetzt, muß motivirt werden.“

[Zur Eröffnung der Generalräthe.] Wie strenge der Kaiser die verschiedenen Vorsitzenden der Generalräthe angewiesen hat, sich jeder Anspruch auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse bei ihren Eröffnungsbreden zu enthalten, mag der Umstand ergeben, daß Staatsminister Rouher als Vorsitzender des Generalkräths im Puy de Dôme es für gerathen erachtete, die Session mit einer längeren historischen Abhandlung über die alten Provinzialstände zu eröffnen.

[Der Kaiser] bleibt in St. Cloud, da die Aerzte die Wirkung des frischen Windhauches an der See für ihn fürchten. Sie haben der Reise in der bestimmtesten Weise, für jetzt wenigstens, widerrathen; doch ist es möglich, daß der Kaiser gegen Ende des Monats auf acht Tage zur Kaiserin nach Biarritz sich begiebt.

[Verschiedenes.] Gestern fand im Baudeville-Theater eine schon vorher vielfach befürchtete Demonstration statt. Gegeben wurde zum ersten Mal „Le Nouveau Cid“ von Hugo, ein Tendenzfück, das die Erfolge der französischen Mediation berürtlichen sollte. Das Publikum zischte aber bei allen aubinistischen Anspielungen, und so oft das Wort „Empereur“ ausgesprochen wurde, ließen sich unangenehme Läuse vernehmen. Ein nicht endenwollendes Stück brach aber los, als der Vers: „La France n'offre rien, qu'on ne puisse accepter“ von einem dem Bezahlhaber der französischen Truppen darstellenden Schauspieler vernommen wurde. Der Lumili wurde so heftig, daß das Stück nicht zu Ende gespielt werden konnte. — Der Kaiser ist im Brize zweier Hinterladegewehre, die er allen competenten Fachmännern, mit denen er im Verkehr steht, vorlegt, indem er sie zu einer unbefangenen Meinungsfächerung auffordert. — Der Erzbischof von Paris hat neulich in einem Hirtenbriefe gefaßt, die Jungfrau Maria sei unsere Schwester und von Adam geboren, wie wir. Das „Journal des Debats“ wirkt die Frage auf, wie diese Sprache in Übereinstimmung zu bringen sei mit der Lehre von der unbefleckt Empfängniß.

Belgien.

Brüssel, 1. Sept. [Vom Hofe.] Der König und die Königin sind heute früh nach der Provinz Limburg abgereist, wo ihnen der glänzendste Empfang zu Theil wird. Der Graf von Anderlecht leitet an den Böcken wie jüngst sein königlicher Bruder. Die Präsidenten der Provinzial-Auslässe, welche die National-Subcription für ein dem Könige Leopold zu errichtendes Denkmal geleitet, haben sich gestern unter dem Vortheile des Ministers des Innern vereint und einstimmig beschlossen, daß das fragliche Monument auf einer nahe bei dem lackener Schlosse gelegenen Anhöhe aufzustellen.

[Der mexicanische Prinz Iturbide], der sich einige Tage hier aufgehalten, ist gestern seiner Adoptivmutter, der Kaiserin Charlotte, nach Miramar nachgereist.

Großbritannien.

E. C. London, 1. Sept. [Vom Hofe.] Die „Times“ glaubt, daß die Andeutung der „Morning-Post“ über eine bevorstehende Heirath des Königs von Griechenland sich auf die Prinzessin Louise von England beziehe, um welche sich der König von Griechenland als Bewerber gemeldet habe. Herr Gladstone, welcher in nächster Zeit eine Reise nach Rom machen wird, soll diese auf den Wunsch der Königin bis Athen ausdehuhen, um sich über die Aussichten des jungen Königs in seinem Lande zu unterrichten.

[Das Comité des „Cyrus Defence Fund“] hielt gestern seine erste Versammlung. Den Vorstz führte der berühmte Schriftsteller Thomas Carlyle (bekanntlich ein grimmiger Feind aller Negerfreunde). Auch Herr H. Kingsley und andere Leute von Rang oder Namen waren zugegen.

Moskau.

St. Petersburg, 29. August. [Die amerikanische Mission.] Der Empfang, welcher der amerikanischen Mission in Moskau zu Theil wurde, ist insoferne von Interesse, als man es dort nicht gerade mit der offiziellen Welt allein zu thun hat und gewisse liberale Regungen, die seit dem Attentate ganz in den Hintergrund getreten waren, sich zum ersten Male wieder in den Toasten und Reden hervordrängen. So hat namentlich der Bürgermeister Prinz Sicherthorpe der amerikanischen Institutionen in einer Weise gedacht, die jedem Fortschrittsfreunde zur Ehre gereichen würde; sein kurzer, aber staatsmännischer Toast erinnert ohne Ueberchwänglichkeit an Lincoln's große Mission und wünscht der amerikanischen Republik Wachsthum im Frieden mit dem Führer an ihrer Spitze, den sie sich selbst wählt. Der Börsen-Präsident Liam erinnert daran, daß man sich in Amerika über die diplomatischen Formen hinweggesetzt und nicht die Regierung, sondern das Volk, der Congress die Gesandtschaft an den Kaiser und das Volk von Russland abgesandt habe. Auch Herr Fox, der Missionchef, feierte in seiner Antwort die civilisatorische Mission der beiden Reiche; seine Rede, mit etwas religiöser Beimischung bezüglich des Attentats, feiert des Kaisers Beruf und seinen Charakter in schwungvollen Worten. Schließlich brachte der amerikanische Gesandte, General Clay, welcher seit sechs Jahren Russland bewohnt, einen Toast auf den Fürsten Gortschakoff aus, „den Mann, der in Russland geboren, der aber durch seine liberalen Prinzipien allen Völkern angehört, dem Staatsmann, dem Diplomaten und vor Allem dem Philanthropen“. Zu erwähnen ist noch nachträglich eines Diners in Peterhof, welches der Kaiser den Amerikanern zu Ehren vorige Woche gegeben und worin Sr. Majestät einen Toast „auf das Wohlergehen der Vereinigten Staaten und auf die Befestigung der guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern“ aussprach. (M. B.)

Schweden.

[Stockholm, 31. Aug. Dementi. — Das Eisenbahnwesen.] Englische und französische Blätter verbreiteten jüngst in italienischen Correspondenzen die Nachricht, daß das schwedisch-norwegische Cabinet der österreichischen Regierung mit Beziehung auf den Seestieg von Lissabon einen Gläubermann erstattet habe. Die officiellen hiesigen „Post“- und „Inrikes-Lidningar“ widerlegen inzwischen nachträglich jene Meldung, indem sie Namens der kgl. Regierung erklären, daß die Letztere in dem beendeten Kriege nach keiner Seite hin Glückwünsche erstattete. Durch Stockholm wird augenblicklich eine Verbindungsbahn gebaut und die desfältigen Arbeiten machen rasche Fortschritte. Außerdem wird mit voller Kraft an der nord-schwedischen Stammbahn und an mehreren Zweigbahnen in verschiedenen Gegenden des Königreichs gearbeitet.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, den 4. September. [Tagessbericht.]

* * [Von den neuen Vorlagen] für die Sitzung der Stadtverordneten, Donnerstag den 6. September, erwähnen wir folgende: 1) Antrag des Magistrats auf Verstärkung des Tit. I. pos. 3 Abteil. A. des Etats der Haupt-Armen-Kasse pro 1866 um 120 Thlr. — Die Armen-Commission empfiehlt die Bewilligung.

2) Etat für die Verwaltung des Stadt-Leihamtes pro 1867/69. Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 12,220 Thlr. Die Armen-Commission empfiehlt die Annahme des Etats in allen seinen Positionen bis auf eine kleine Aenderung.

3) Antrag des Magistrats auf Belebung einer neu zu erreichenden, mit einem Jahresgehalt von 1200 Thlrn. zu befolgenden Stadtstrahsstelle. Die Wahl- und Finanz-Commissionen erklären sich damit einverstanden und empfehlen von den 8 Candidaten den Regier-Assessor v. Ysselstein zur Wahl.

4) Antrag auf Einrichtung einer vierten Klasse bei der städtischen katholischen Elementarschule Nr. VI. in dem Hause Sterngasse 5a und über Bewilligung der dazu erforderlichen Kosten im Betrage von 147 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. — Die Schulen-Commission empfiehlt: 1) principaliter die vom Magistrat beantragte Einrichtung einer vierten Klasse bei der städtischen katholischen Elementarschule: Nr. VI., jedoch nur in den vermieteten Parterre-Räumen des Schulhauses selbst zu genehmigen; 2) event. dem Antrage des Magistrats in seinem vollen Umfange beizustimmen. — Motive: Die Commission ist der Meinung, daß im Parterre-Lokal des Schulhauses auf der Sterngasse Nr. 11 eine Klasse in den vermieteten Räumen sich einrichten lassen würde.

5) Antrag auf Bewilligung von 1000 Thlr. zur Verstärkung der Mittel für die Unterhaltung der Landstrafen. Die Bau-Commission empfiehlt die Bewilligung.

6) Antrag auf Bewilligung von 800 Thlr. zur Verstärkung der Ausgabe-Position Titel V. B. „für Unterhaltung der öffentlichen Brunnen und Röhren“ des Etats der Bauverwaltung pro 1866.

7) Antrag auf Verstärkung des Tit. XII. der Bauverwaltung „auf Strafenbenennungs- und Warnungstafeln“ um 100 Thlr. In beiden Fällen befürwortet die Baucommission die Bewilligung.

8) Antrag auf Errichtung einer massiven Ummauerung um das Grundstück der Hospitäler zu 11,000 Jungfrauen und St. Hieronymus, sowie eines Theiles des alten Kirchhofes von 11,000 Jungfrauen, und über Deckung des veranschlagten Kostenbetrages pr. 1155 Thlr. Die Kirchen-, Hospital- und Baucommission empfiehlt unter einer Modification die Genehmigung des Antrages.

9) Antrag auf Genehmigung des Planes zum Bau eines Elementarschuhauses auf Nr. 50a Matthiastraße und über Bewilligung der veranschlagten Kostensumme pr. 31,350 Thlr. Das Schulhaus soll 2 evangel. Schulen (Nr. 8 und 15) und eine neue kathol. Elementarschule aufnehmen mit den dazu gehörigen Lehrer-Wohnungen. Der vorliegende Bauplan verlegt sämtliche 3 Lehrer-Wohnungen in das Parterre und intendirt einen Eichhof. — Die vereinigten Schulen, Finanz- und Baucommissionen empfehlen: 1) den Antrag des Magistrats auf Genehmigung zum Bau des Schulhauses auf dem Grundstück Matthiastraße Nr. 50 a nach dem vorgelegten Bauprojekte abzulehnen; 2) den Magistrat zu ersuchen, schleunigt ein neues Bauprojekt ausarbeiten und vorlegen zu lassen, welches a. conform dem Antrage der Versammlung in dem Beschlüsse vom 7. Juni 1866 (Schulhaus-Bau auf der Löschstraße) den im vorliegenden Fall wiederum höchst ungünstig angewendeten Eichhof nicht enthält, b. in je einem der Stockwerke eine Schule mit 4 Klassen und mit einer vollständig für sich bestehenden Lehrer-Wohnung enthält; 3) dem Magistrat die beiden hier beigelegten, in der Commission entstandenen Handzeichnungen zur Berücksichtigung bei Ausarbeitung des neuen Projectes zu empfehlen.

Motive: Schon bei Genehmigung des Schulhaus-Projectes auf der Löschstraße wurde nur der Belehrungsweg von Zurückweisung der Vorlage abgesehen, von der Versammlung jedoch der Antrag gestellt, in künftigen Fällen von dem unzweckmäßigen Eichhof abzugehen. — Diesem Antrage entgegen ist in dem vorliegenden Bauprojekt doch nicht von der Anlage eines solchen Eichhofes abgegangen. Es konnte demnach die Commission in der Erkenntnis der großen Uebelstände nicht umhin, die Zurückweisung des magistrativen Bauprojectes zu befürworten und zugleich zu beantragen, daß ein neues Project nach den Bedingungen sub 2a. und b. und unter Berücksichtigung der sub 3 genannten Handzeichnungen ausgearbeitet und der Versammlung baldmöglichst zur Genehmigung vorgelegt werde. — Bei einem Bauwerk, wie das in Röde sichende, kann unmöglich davon abgesehen werden, ob und wie lange der Nachbar durch Nichtanbau die Beliebtheit des Treppenflurs gestattet, namentlich eines Treppenflurs, welcher bei einem zu Schulzwecken bestimmten Gebäude die bestmöglichste Beleuchtung haben muß. — Die Unterbringung sämtlicher Lehrer-Wohnungen im Parterre und an einem Flur, auf welchen alle Zimmer und Küchen ausmünden und den die ganze das Haus besuchende Schuljugend zu passiren hat muss ebenfalls als sehr unzweckmäßig und überblästig bezeichnet werden. Eine Wohnung für einen Lehrer, dessen Familie und Dienstmädchen muss, wenn sie auch noch so einfach und klein sein kann, doch ein in sich abgeschlossenes Ganze bilden, wozegen ein so kostspieliges Arrangement, wie im vorliegenden Project, unter den Familien-Mitgliedern und Dienstmädchen zu großen Mißhelligkeiten führen dürfte.

** [Militärisches.] Nach den über die Rückkehr der preußischen Truppen ergangenen Bestimmungen werden auf den Eisenbahnen vom 5. Sept. ab befördert: Das erste Armeecorps von Börrberg aus, das zweite über Görlitz, das vierte von Brünn über Prag. Außer dem fünften und sechsten Armeecorps wird auch das Garde-Corps zu Fuß in die Heimat rücken. Die Garde marschiert über Dresden, wo das Kaiser Alexander-Regiment und das breslauer Regiment Königin Elisabeth ihren Standort bis auf Weiteres behalten sollen. Dem Vernehmen nach ist für das Schles. Kürassier-Regt. Nr. 1 Hannover als künftiger Garnisonsort bestimmt; dagegen verlautet, daß 2. Schles. Gren.-Regt. Nr. 11, welches so lange an der Besatzung von Schleswig-Holstein und dann an dem Kriege mit den mittel- und süddeutschen Staaten teilgenommen, wieder dem

(Fortsetzung.)

Regimentern abgeschickt werden. — Die preußischen Kriegsgefangenen, die gestern hier eingetroffen waren, erhielten heute Vormittag auf dem Freiburger Bahnhofe durch „den Unterstützungsverein für verwundete Krieger“ eine Anzahl Hemden, Jäden, Unterbeinkleider, Strümpfe u. s. w., deren sie sehr nötig bedurften, da sie in der Südostlichen Gefangenschaft in Österreich keine Wäsche erhalten hatten. Ein Teil der Gefangenen wurde über Wien nach Komorn transportiert, auf welchem Transport die Gefangenen selbst einen Trunk Wasser mit einem Kreuzer bezahlen mussten. Die in Wien lebenden Preußen versuchten, ihren gefangen Landleuten Geld in die Eisenbahngärtner zu werfen, was sie jedoch nur unbemerkt ausführen durften, da Mehrere, die es öffentlich getan hatten, vom Pöbel auf die unbarmherzigste Weise gemobbt wurden. Ja es ist sogar vorausgekommen, daß fanatische Weiber die Gefangenen angegriffen haben. — Als Curiosum möglicherweise noch erwähnt werden, daß in diesen Tagen eine Preußen aus ihrer Gefangenschaft in Österreich hierher zurückkehrte. Es ist dies die Frau des Maurerpolirers Heinrich, deren Mann im Monat Mai als Unteroffizier zum 1. Garde-Regiment zu Fuß eingezogen wurde. Die erste seit ein paar Monaten verheirathete encouagierte Frau beschloß kurz vor der Schlacht bei Königgrätz, ihren Mann in Österreich zu besuchen, zu welchem Beute sie über Nachod, Stalitz reiste und sich der Telegraphen-Colonne unter Führung des Telegraphen-Beamten Zaremba und Ewald anschloß, die unglaublicherweise den Österreichern in die Hände fiel. Die Frau wurde natürlich mit gefangen genommen und nach Josephstadt abgeführt, wo sie längere Zeit inhaftiert blieb, jetzt aber entlassen wurde. Ihr Mann, der Unteroffizier Heinrich war gleichfalls bei Königgrätz in österreichische Gefangenschaft gerathen und befand sich derselbe gestern unter den Ankommenden. Beide feierten heute ihr glückliches Wiedersehen.

— [Siegesfest.] Noch unter manchen trüben und herben Erinnerungen bereitet unsere Stadt den Einzug unserer braven Truppen durch froh bewegte Siegesfeierlichkeiten vor, in welche die gestrig Feier im Wiesnischen Lokale „zum goldenen Helm“ sich würdig einteilte. Riesige Banner wehten an der Front des Hauses in der Nikolaistraße, das bekanntlich die ehrenverdienstlichen Gesellschaften „zum Helm“, „Gambrinus“, „Künstlerverein“, „Schachclub Bratislava“ &c. beherbergte, aber auch vom größeren Publikum als Stätte der Erholung und des Vergnügens liebgewonnen ist. Den Glanzpunkt des Festes, dessen Extrakt für die National-Invaliden-Siftung bei ziemlich lebhaftem Besuch ein nicht unannehmlicher sein durfte, bildeten die Transparentgemälde, welche von den früher genannten Mitgliedern des Künstlervereins genial entworfen und ausgeführt, die Gallerien in dem matt erleuchteten Saal schmückten. Unstreitig die gelungensten und mit Recht von den Beobachtern am meisten bewundert waren: die von „Kaiser Rothbart“ (rechts vom Eingange), „Borussia und Austria“ (gegenüber befindlich), sowie die „Schachpartie“, im Hintergrunde vor dem Spieltisch des genannten Clubs angebracht. Das erste trug die Inschrift:

„Rothbart, der alte Kaiser.“

Springt froh aus seinem Käffhäuser,

Er schaut sich um: wird endlich wahr?

Deutschland wird einig durch Preußens Aar!“

Unter dem zweiten Bilde las man:

„Mein starker Preußen! stolz darfst du die Fahne schwingen,

Österreich liegt besiegt — und Großes kann gelingen!“

Auf dem dritten stand:

„Schwarz-weiß zieht an und setzt mit einem Zuge Schachmatt. Die Auslösung erfolgt schnell.“

Dieser originelle Einfall ist in den Details recht sinnig und pikant verhauptsicht. — Weiterhin erblickte man den preußischen Helm, wie er die kleinen deutschen Fürstenthümer „unter einen Hut bringt“, die „Victoria“, von den „Gambrinern“ gespendet; darüber prangten die lebensgroßen Porträts des Königs, des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl, von Soldaten der Linie und Landwehr umgeben, sämtliche mit entsprechenden Inschriften versehen. Wir heben für diesmal nur das eine Motto hervor:

„Noch glänzt am Himmel deines Ruhms

Der Dürpseig mit hellem Scheine;

Doch hell're Sterne gingen auf,

Ihr Licht mit jenem zu vereinen.“

Obwohl die Witterung empfindlich kühl war, flanierte die Gesellschaft oft und lange im Garten unher; denn man konnte sich an den herrlichen Gemälden, bei denen auch der Humor angemessen vertreten, gar nicht satt schen. Unter den Ehrenästen, die erschienen waren, wurden uns genannt die Herren Oberpräsident v. Schleinitz, Regierung-Präsident v. Goëtz, Polizei-Präsident v. Ende. In dem festlich erleuchteten Saale concertierte die wackere Helm-Kapelle, während das Publikum, Militär und Civil bunt durcheinander gemischt, sich den dargebogenen Freuden übereignete. Nachdem das Orchester im zweiten Theile die Jubelouverture von Weber und die Nationalhymne gespielt hatte, wurde das Festlied (Mel.: Ich bin ein Preuße) begeistert gesungen. Dasselbe charakterisiert den Siegesabend und schließt wie folgt:

Gott sei gepriesen, denn es ist gewonnen

Der Sieg, den uns kein Feind mehr entreißt.

Was einst der große Kurfürst hat begonnen,

Halb ausgeführt des großen Friedrichs Geist,

Steht ja nun ganz vollendet.

Wenn Gott uns Segen spendet,

Wird einst so weit die deutschen Eichen stehn,

Das Banner Preußen's durch die Lüfte wehn.

Möge das Fest zum Besten der patriotischen Stiftung noch recht oft mit dem günstigsten Erfolge wiederholt werden.

a. s. [Kirchenmusik.] Die Aufführung der Motette „Singet dem Herrn“ von A. Hesse fand am vergangenen Sonntage in der St. Bernhardkirche in recht würdiger Weise statt. Die Chöre gingen unter Leitung des wohlwürdigen Siegert gut zusammen und auch die Baf-Arie kam, bis auf einige Tiefen, zu gehöriger Geltung. Den Orgel-Part führte Herr Organist Werner, welcher sich auch schon durch einige eigene Kirchen-Compositionen hervorgehoben hat, in bekannter geübter Weise aus.

* [Zum Berichte.] Auf der sächsisch-österreichischen Staats-Eisenbahn in der bevorstehenden Militärransporte wegen vom 6. bis 17. Sept. aller Postpersonenverkehr und vom 4. bis 17. Sept. aller Frachtverkehr aufgestellt; der Personenzug zwischen den Hauptstationen wird lediglich durch die beiden Züge vermittelst, welche direkt bis Wien gehen. Auf den Stationen der österreichischen Bahnen wirken noch so lange preußische Beamte mit, bis der Militärransport unserer Truppen beendet sein wird.

In den nächsten Tagen werden die Feldpostanstalten des 6. Armeecorps, sobald die Truppen den beheimten Boden betreten, ihre Funktionen einstellen. Seit einigen Tagen schon sind das Feldpostaamt des 2. Armeecorps und die Feldpost-Expedition der 12. Infanterie-Division außer Thätigkeit gerettet. Außer dem Feldpostaamt für das 7. Armeecorps sind auch in Österreich seit dem 1. d. M. sämtliche Feldpostanstalten aufgelöst worden.

Am 3. Sept. sind polizeilich angemeldet worden, als an der Cholera erkrankt 95, als daran gestorben 58 und als genesen 29 Personen.

Breslau, 4. September. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden Neue Weltgasse Nr. 4 3 roth und weiß carrierte Deckbett-Ueberfülle, 6 dergleichen Ueberfülle, 3 Frauenhemden, 2 Herren-Oberhemden, ein Paar weiße Frauenunterhemden, 5 weiße Taschentücher, gez. P. M., 2 Nachthauben und 5 Ellen neue Leinwand.

Schweidnitzer Stadtgraben 8, 1 Frauenrock, 1 Bettuch, 4 Militärbademoden, 1 Paar alte Militärbademoden mit Lederbesatz, 1 Paar Siefeln mit Sporen und 1 Rastmesser.

Claasenstraße 10, 1 neuer und 1 alter Militär-Waffenrock mit dem Stemvel des Garde-Grenadier-Regiments (Königin Elisabeth) verfehlt, 1 Drilljacket, 2 Paar Militär-Tuchhosen, 2 Paar Hosenträger von weißer Stripe, 1 rothes Tattunenes Taschentuch und ein Portemonnaie mit 4½ Sgr. Inhalt. Ursulinerstr. 19 ein schwarzer und weiß farbirtes wollenes Shawluch, ein schwarzer, grün und lila gestreiftes wollenes Frauenkleid, ein weißer, mit Blumen und rotem Sammtband garnierter Strohhut und 25 Sgr. baares Geld, auf der breslau-öster. Chaussee von dem Verdeck einer Drosche, während der Fahrt von Wolskretscham bis Breslau, 1 schwarzer Ledertasche; in demselben

befanden sich nachstehend bezeichnete Gegenstände, in d. zwar: 1 großes türkisches Umschlagetuch im Werthe von 30 Thlr., 1 schwarzes Frauenkleid, 1 hellblaues woll. Barettkleid, 1 schwarze Schürze mit Taschen u. Krausen, 1 weißer Wallisrock, 2 weiße Mullröcke, 1 weiße Mullblouse, 1 weiße Unterröcke, 1 schwarze wollene Tüllblouse, 1 weiße Mullbluse mit schwarzer Tüllinfassung, eine weiße Mullbluse mit schwarzer Tüllinfassung, 1 Damen-Unterjacke von weißem Parchment, 2 kleine weiße Taschentücher, gez. L. B., eine Menge Damenstrümpfe, als Krägen, Manschetten &c., 1 schwarze Kleider-Röcke-Paleot mit Steinkohlentropfen, 1 kleine, noch nicht vollständig fertigte schwarze Kleider-Jacke, 1 rothes neues Kinderkleidchen mit schwarzen Streifen, 1 Kinderkleidchen von roja Kattun, 1 Ueberzug seine weißlein. Bettlaken, gez. L. B., 1 weißes Tischtuch, gez. L. B., 1 grau und weißgemust. Kaffeevierlette, gez. L. B., 1 Küchenhandtuch, gez. L. B., 5—6 Paar Strümpfe u. Soden, gez. L. B. u. R. H., 1 schwarzer Tuchrad, 1 klein. Oberhemde, gez. R. H., 1 grün und blaue Kurtröcke, 8 Zoll breite seidene Schärpe, 2 neue silberne Theelöffel, gez. L. B., 1 Sonnenschirm von blauer Seide, 1 Peitsch, welches die eingravierten Buchstaben R. H. trägt, 1 grünes Lederkästchen, eine angefangene weißliche Handarbeit enthaltend, 1 zweites Näh-Gut von grauem Leder, 1 Briefmarke mit blauer Perlenstickerei verziert, 1 Visitenkarten-Läschchen mit Visitenkarten und 1 Wirthschafts-Ausgabebuch mit dem Titel auf weißem Papier: „Haus-Conto der Frau Herda.“

Polizeilich mit Beschlag belegt: 1 Colli mit grauer Packleinwandhülle, gez. mit der Nummer 4393 und einem Kaufmanns Zeichen; in demselben befanden sich 10 Packete rothesbaumwollenes (sog. türkisches) Garn.

Verloren wurde: 1 goldenes Kästchen und eine schwarzelederne Brieftasche, in letzterer befanden sich 2 preußische Banknoten à 100 Thlr., einige Visitenkarten und eine auf den Kaufmann Ernst Wanter aus Leobschütz lautende Packliste.

[Bettelei.] Im Laufe leichterlosser Woche sind hierzu 12 Personen durch Polizeibeamte wegen Bettelns aufgegriffen und zur Haft gebracht worden. (Prov.-Btg.)

— Görlitz, 3. September. [Zur Tagesschronik.] Das bewegte Leben in unserer Stadt, welches wir in den nächsten 14 Tagen haben werden, hat heute begonnen. Außer den Fourieren vom 5. Jäger-Bataillon, denjenigen vom 21. Regiment, welches morgen eintreffen wird, brachte uns der heutige Tag bereits große Böe von Munitionswagen und 250 aus Königgrätz und Josephstadt entlassene Kriegsgefangene. Das Jägerbataillon ist heute bis Friedersdorf bei Greifenhain marschiert, kommt morgen nach Schreiberdorf bei Lauban und trifft nach einem heut dem Herrn Oberbürgermeister Seitens des Bataillons-Commandeurs Herrn Oberstleutnant v. Weller zugegangenen Telegramm Mittwoch um 11 Uhr bei dem Gaßhofe zur Stadt Prag ein, wo Rendezvous gehalten werden soll. Dem Bataillon ist, nach den Radzichten, welche wir von den betreffenden Mannschaften erhalten haben, überall ein sehr feierlicher Empfang zu Theil geworden, momentan hat sich Schmiedeberg in seinem Festeschnitz ausgezeichnet. Se. Königl. Hoheit der Kronprinz ritten dem Bataillon bis zum nächsten Dorfe von Erdmannsdorf aus entgegen, unterhielten sich sehr freundlich mit den Mannschaften und nahmen vor dem Schloße in Erdmannsdorf in Gegenwart eines Josephstädter Chaussee begeben, woselbst die Soldaten mit einem Hurrah und einer Parade aufstellung von den Knaben begrüßt und von vielen jugen Mädchen bekränzt wurden. Sodann zogen die fröhlichen Kämpfer, voran die wie oben beschriebenen militärisch organisierte Rectorklasse, die feierlich gekleideten Mädchen und die Mainzische Musikkapelle, in die äußerst feierlich mit Kränzen, Girlanden, Inschriften, Fahnen u. dgl. geschmückte Stadt ein, wo der Hurrausruf und der allseitige Jubel fast gar kein Ende nehmen wollte. — Mit gleichen Festlichkeiten gefestigt die Stadt sämtliche in diesen Tagen hier durchziehenden Truppen zu empfangen.

— Waldenburg, 2. September. [Truppen-einzug.] Gestern Vormittag 11 Uhr rückten 2 Bataillone des 3. Posenischen Infanterie-Regiments Nr. 58 über Friedland kommend in Waldenburg ein. Die Rector Gramm'sche Klasse hatte sich, in gleichmäßige Turneranzüge gekleidet, mit Seitengewehr, preußischen Fahnen, Trommeln, Hörnern, Pfeifen und allen möglichen militärischen Zeichen ausgerüstet, zum Empfang der Krieger weit hinaus auf die friedländer Chaussee begeben, woselbst die Soldaten mit einem Hurrah und einer Parade aufstellung von den Knaben begrüßt und von vielen jugen Mädchen bekränzt wurden. Sodann zogen die fröhlichen Kämpfer, voran die wie oben beschriebenen militärisch organisierte Rectorklasse, die feierlich gekleideten Mädchen und die Mainzische Musikkapelle, in die äußerst feierlich mit Kränzen, Girlanden, Inschriften, Fahnen u. dgl. geschmückte Stadt ein, wo der Hurrausruf und der allseitige Jubel fast gar kein Ende nehmen sollte. — Mit gleichen Festlichkeiten gefestigt die Stadt sämtliche in diesen Tagen hier durchziehenden Truppen zu empfangen.

— Landeshut, 3. Sept. Heute Vormittag gegen 9 Uhr traf von Liebau und von dem hier nahe gelegenen Reichshennersdorf aus kommend das 2. Bataillon des 7. (Königl. Grenadiere) Regiments hier ein, wurde von den Vertretern der Stadt und ihren Bewohnern freudig begrüßt und zog dann in die Stadt, welche sich höchstlich ganz in einen Laub- und Blumengarten verwandelt hatte. Mit Kränzen und Blumen bedekt nahm das Bataillon auf dem Markt seine Aufstellung. Da dieses Bataillon zwei Wochen hier in Einquartierung gelegen hatte, so war ihm schon einige Tage vorher die Einladung zugegangen, hier eine Stärkung einzunehmen zu wollen. Solches gescheh an den um die Seiten des Ringes aufgestellten und mit dem Erwünschten verfehlten Tischen. Da nach dem Einrücken des Bataillons auch mehrere Batterien Artillerie ihren Durchzug hielten, so wurden auch deren Offiziere gleichwie die des Grenadier-Bataillons in den Hotels von den hiesigen Herren besonders aufgenommen. Nach 10 Uhr wurde der Marsch des Bataillons weiter fortgesetzt, um morgen in Jauer, den 5. aber in Liegnitz einzutreffen. Morgen wird der Durchmarsch anderer Truppen erwartet, wo man jeden Tag der Ankunft Sr. L. H. des Kronprinzen entgegen sieht, da höchstselbst die hiesigen Lazarette besuchen will.

— Neichenbach, 3. Sept. [Unsere Garnison], das Füsilier-Bataillon des 10. Regiments, wird gleichfalls zu Fuß hierher zurückkommen, das letzte Quartier in dem nahen Fabrikdorf Langenbielau machen und Vormittags hier einzrücken. An beiden Orten soll ein festlicher Empfang stattfinden; hier ebenfalls durch Bewirthung des Offizier-Corps und der Mannschaften, der letzteren jedoch nur dann, wenn es gelingt, vier geeignete Säle zur Aufnahme von je einer Compagnie zu erhalten; anderenfalls soll jedem Einzelnen ein entsprechendes Geldgeschenk gegeben werden. Im letzteren Falle würde wohl in jedem Bürgerquartier eine Einzelbewirthung stattfinden. Ein Gesamtfeest im Freien scheint man mit Rücksicht auf das Risiko bei der bisherigen Unberechenbarkeit des Wetters nicht in Erwägung zu nehmen. Das Diner zu Ehren des Offizier-Corps, unter Bewirthung des Mitglieder der Staats- und Gemeinde-Behörden und der Freunde des Offizier-Corps ist gesichert. Leider werden wir dem Gericht nach die gegenwärtige Garnison nur noch kurze Zeit behalten, was sehr zu bedauern, da sich Offiziere und Mannschaften in die hiesigen besonders gearteten Verhältnisse ungemein schnell eingelebt hatten.

— Ohlau, 3. September. [Militärisches.] Heute verließ uns die Cossack-Escadron 2. schlesischen Husaren-Regiments Nr. 6, welche seit dem 17. Mai c. hier Cantonsorten-Quartiere bezogen hatte. Die Escadron marschiert nach ihrem Garnisonorte Neustadt O.S. Wie jetzt bestimmt verlautet, trifft unsere Garnison — 1. und 2. Escadron des 1. schlesischen Husaren-Regiments Nr. 4 nebst Stab — über Silesien kommend, am 13. d. M. hier ein. Die Vorbereitungen zum festlichen Empfang der heimkehrenden Krieger sind in vollem Gange.

— Gleiwitz, 3. Sept. [Selbstmord.] Heute machte ein Landwehrmann (Jäger) in einem hiesigen Gasthofe seinem Leben durch Erschießen ein Ende.

— Leobschütz, 3. September. [Ginzug. — Durchmarsch.] In der 10. Stunde ist heute unsere Ulanen-Escadron unter Führung ihres Rittmeisters Herrn Mattinge nach längeren Aufenthalts in Feindeslande (Lobnik in Mähren) in unsere Stadt eingezogen unter offizieller Begrüßung Seitens des Magistrats und der Stadtverordneten. Der Umstand, daß der Ginzug gerade am Jahrmarkt erfolgte, machte es der Stadt unmöglich, schon zuvor den Heimgelehrten ein festliches Maß zu bereiten, doch soll dies nächstes geschehen. — Gestern gingen verschiedene Truppen hier durch, so eine Abtheilung Landwehr-Jäger und eine Feldbatterie.

— Rattvor, 3. Septbr. [Ginzug der 62er.] Nachdem am Freitag die Landwehr-Ulanen aus Österreich zurückgekehrt und in unserer Stadt feierlich empfangen worden waren, wurde am folgenden Tage die Rückkehr unserer früheren Besatzung, des 62. Regiments, aus Troppau für den Sonntag angemeldet. Sofort beeilten sich Magistrat und Bürgerschaft, die Heimkehrenden gebührend zu begrüßen. Ganze Wagenladungen von Laub und Blumen wurden zur Ausschmückung der Straßen und Plätze verwendet und überall, in aller Häusern, beeilten sich geschäftige Hände, die nötigen Kränze und Bouquets zu winden, mit welchen ein lebhaftes Bombardement gegen die Einzuhender eröffnet werden sollte. Am Sonntag Morgen prangte die ganze Stadt in feierlichem Flaggenstolze, und eine ungeduldige Volksmasse, welche nicht einmal durch die liebreichen Zurufe der Polizeibeamten von dem einmal gefassten Posten verdrängt werden konnte, stürzte den Ring und die Hauptstraßen. Endlich gegen Mittag kamen die Truppen an; Helm, Gewehr, Tornister, Ross und Reiter mit Blumen umwunden, und immer mehr noch vermehrten sich diese Troppäen bei den Vorordneten in die Stadt. Mit lautem Hurrah zogen die Soldaten durch das mit kriegerischen Emblemen verzierte, in eine grüne Ehrenpforte verwandelte, neue Thor auf den Ring, wo sie nach einigen Ansprachen und Hochs in ihre Quartiere einlassen wurden, um Abends mit frischen Kräften die verschiedenen Biertonnen und Wurstpyramiden, welche die Stadt ihnen bewilligt hatte, angreifen zu können; der Jubel war allgemein, denn fast jeder hatte Verwandte oder Bekannte zu begrüßen, und das Hinz- und Herfragen nahm kein Ende. Freilich fehlte bei der Heimkehr so Mancher, obgleich das 62. Regiment, außer den zwei bei Oświeciet beteiligt gewesenen Compagnien, nie in's Feuer gekommen und nur bis Brünn vorgeschritten ist, um dann in Troppau die Besatzung zu bilden; allein die starken Märsche und namentlich die Cholera, halten verschiedene Opfer fordert. Ob das Regiment, wie es heißt, nach Hannover oder Hessen kommt, ist bis jetzt nicht bestimmt. — Eine unangenehme Störung des Festjubels machte der gegen 10 Uhr Abends erichalende Feueralarm und Generalmarsch, welcher die meist bier- und schafrunkensche Krieger ausschreckte. In dem nahen Dorfe Luball brannten nämlich sechs Scheunen nieder, welche den Himmel blutig rot färbten und den Anfang erwiderten, als sei das Feuer mittens in der Stadt. Wie sich heute herausgestellt hat, ist das Feuer von einem Bettler angelegt worden, den man bereits aufgegriffen und der gestanden hat, auch das Feuer in Bojanow veranlaßt zu haben.

N. Legnitz, 4. Sepibr. [Zur Tagesschronik.] Wir haben jetzt alle Hände voll zu thun, mit den Vorbereitungen zum Empfang des Königs-Grenadier-Regiments, respective der beiden Bataillone, die unsere frühere Garnison bildeten und Mittwoch und Sonnabend eintreffen. Stadtkirche und Gärten werden reichlich vergrünzt müssen, um Girlanden und Ehrenpforten herzustellen; Maschen von Fahnen werden beschafft zum Flaggen und Transparenz entwerfen, um die vorbereitete Illumination so glänzend als möglich zu machen. Diese Aufregung hat die wohltätige Folge, daß sie die gerüttete und angstliche Stimmung wenigstens momentan beebt und so auch sicherheit auf den Gesundheitszustand einwirkt. Das fortwährende Feuer gelaufen ist durchaus nicht angeblich, die Gemüther zu erheitern und doch lä

Die gestern Abend ½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Antonie, geb. Würtemberg, von einem munteren Knaben beeindruckt mich Freunden und Bekannten hiermit anzusehen.

Breslau, den 4. September 1866.

Theodor Biese.

Heute Nacht wurden wir durch die Geburt eines kräftigen Knaben erfreut.

Breslau, den 4. September 1866.

Hermann und Fanny Münzer,
[2413] geb. Fraenkel.

Todes-Anzeige.

(Statt jeder besonderen Meldung.)

Heute Nachmittag um 6 Uhr verließ im innigen Glauben an ihren Herrn und Heiland meine geliebte Frau Bertha, geb. Godber, den nach Stunden schweren Leiden. [2407]

Breslau, den 3. September 1866.

Länge,

Prediger an der Armenhauskirche.

Die Beerdigung findet Donnerstag Nachm.

5 u. zu St. Bernhardin, Scheitingerhof statt.

(Verpflichtet.) [2416]

Für die große Teilnahme, sowie die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines geliebten Mannes des Schlossermeisters Christian Hamann, sage ich allen Freunden und Bekannten meinen innigsten, tiefgefühlsfesten Dank. Zugleich erlaube ich mir hiermit ergebenst anzusehen, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes unverändert fortführe, und verspreche prompte und reelle Bedienung; auch bitte ich, daß dem Wollenden geschenkt. Vertrauen auf mich gütig übertragen zu wollen.

Breslau, den 4. September 1866.

Henriette Hamann.

Am 1. September c. entschlief zu einem besseren Leben im 27. Lebensjahr nach langen schweren Leiden im Lazarus zu Konitz in Mähren der Unteroffizier Albert Jacob, Trompeter im Schlesischen Kürassier-Regiment Nr. 1 (Prinz Friedrich von Preußen).

Den Verlust des Gatten, Sohnes, Bruders und Schwagers zeige im tiefsten Schmerze, um stille Theilnahme bitten, ergebezt an [2398] die Hinterbliebenen.

Breslau, Schweidnitz. Waldenburg.

Am 5. August starb an den Folgen der Cholera im Lazarus zu Görlitz in Mähren der Trompeter Joseph Berger; ihm folgte am 1. September nach schweren langen Leiden am Thymus der Trompeter Albert Jacob im Lazarus zu Konitz.

Das unterzeichnete Corps betraut in den Todingeschickten zwei brave und treue Kameraden, deren Verlust um so schmerzlicher zu beklagen ist, als dieselben nach schweren überstandenen Kriegserfahren auf dem Marsche nach der Heimat aus den Reihen des Regiments scheiden müssten.

Die kameradschaftlichen Gefinnungen sowie deren aufopfernde Hingabe für König und Vaterland bewahren denselben ein bleibendes Andenken im Kreise ihrer Kameraden.

M.-O. Konitz i. M. d. 1. September 1866.

Das Trompeter-Corps des Schlesischen Kürassier-Regiments Nr. 1 (Prinz Friedrich von Preußen). [2399]

Am 31. August starb in Dresden im noch nicht vollendeten 21. Lebensjahr unser einziger Sohn und Bruder Theodor, einjährig freiwilliger im Garde-Grenadier-Regiment "Königin Elisabeth", und nachdem er in vier Gefechten von den feindlichen Geschossen verschont geblieben, an der entsetzlichsten aller Krankheiten — der Cholera. Wir sind von dem aufrichtigen und tiefen Mitgefühl aller Dezer, welche unserm Herzen nahe stehen, auch ohne liebevolle Kundgebung äußerster Zeichen, auf das Danckbare und Innigste überzeugt.

Militsch, den 1. September 1866. [2042]

Rudolph Gernlein und Frau,

geb. Heinrich.

Ella Gernlein, als Schwester.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, unseren treuen und vielgeliebten Gatten und Vater, den früheren Kaufmann Ernst Gebel, im festen Glauben an seinen Erlöser nach langen Leiden in die ewige Heimat abzurufen. Dies zeigen im tiefsten Schmerz allen Bekannten statt jeder besonderen Meldung an:

Die trauernden Hinterbliebenen:

Louise Gebel, geborene Scholz.

[2044] Ottile und Marie Gebel.

Brieg, den 3. September 1866.

Verspätet. [2043]

Nach 3½ jährigen unerhörlichen Leiden entschlief sanft in Gott ergeben am 20. August nach überstandener Operation unser beifälliger Sohn Adolph im Alter von 19½ Jahren. Tief vom Schmerz darniedergebeugt zeigen wir dies Verwandten und Bekannten an. Sanft ruhe seine Asche!

Kieferstädtel, den 2. September 1866.

Die trauernden Eltern

G. H. Kober und Frau.

Heute Nacht verließ nach längerem Leiden unsere geliebte Gattin, Mutter, Großmutter, Frau Henriette Richter, geb. Boroton, in einem Lebensalter von 56 Jahren. Tief betrübt widmen diese Anzeige: [2038]

Die Hinterbliebenen.

Beuthen O.-S. u. Berlin, 3. Sept. 1866.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Fr. Marie Pätz mit Hrn. Gerichts-Arbeitsgericht Paul Fleischhammer in Berlin, Fr. Agnes v. Sinner mit Hrn. Hauptmann Hans v. Herwarth auf Schloss Landsberg, Canton Bern.

Ehel. Verbindungen: Hr. Prediger Gustav Keppel zu Alt-Trebbin mit Fr. Ferdinandine Werner in Linum, Hr. Gerichts-Arbeitsgericht Wilhelm v. Bulow mit Fr. Agathe v. Sydow.

Geburten: Ein Sohn Hrn. Zimmermstr. A. Hartmann in Greifenhagen, Hrn. Preuß. Leut. Kurt Siegner in Treskow, eine Tochter Hrn. v. Prondzynski in Marienthal, Hrn. 1. v. H. Fischer in Berlin, Hrn. v. Nechitz in Mühlraditz, Hrn. v. Gayl in Osterappeln.

Todesfälle: Hr. Kreisgerichts-Director Fritz v. Stelzer in Potsdam, Fr. Emma v. Grap in Bütow, Frau Mathilde Richter, geb. Hennicke, in Münster, Hr. Bernh. Fischer im Hilfslazareth zu Barby.

Breslauer Theater im Wintergarten.

Mittwoch, den 5. Sept. 1737 Concours-Eröffnung. Königl. Stadt-Gericht zu Breslau. Abtheilung. Den 4. September 1866, Mittags 12 Uhr. Über das Vermögen des in Liquidation befindlichen Handelsgeellschaft Singer & Wund hier, am Rathause Nr. 1, sowie über das Privatvermögen der Inhaber dieser Handelsgeellschaft Kaufleute Heinrich Martin und Emil Blumenfeld ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum 1. Oktober 1866 einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 1. August bis zum 1. Oktober 1866 an-

gemeldeten Forderungen ist auf den 9. October 1866, Vormittags 9 Uhr, vor dem Commissarius, Gerichts-Arbeitsgericht Engländer, im Beratungszimmer Nr. 20, im 1. Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes anberaumt. Zum Erörtern in diesem Termine werden die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hierigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschafft fehlt, werden die Rechtsanwälte Justizräthe vien h. Bonn zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Breslau, den 23. August 1866.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [1729]

Nachdem in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Isaak Selten zu Bernstadt hat nachdrücklich der Fabrikbesitzer J. P. Haas, als Inhaber der Stroh-Manufaktur J. P. Haas und Comp. zu Berlin, eine Wechselsforderung von 66 Thlr. 14 Sgr. nebst 6 pvt. Zinsen von 61 Thlr. 13 Sgr. seit dem 28. Februar d. J. ohne Beanspruchung eines Vorrechts geltend gemacht.

Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf den 27. September 1866, Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar im Terminzimmer Nr. 6 anberaumt, wodurch die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, hierdurch in Kenntnis gebracht werden.

Oels, den 31. August 1866. [1717]

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung. Der Commissar des Konkurses: Thalheim.

Verlegung der Auction.

In der Kaufmann Isaak Selten'schen Concurs-Sache von Bernstadt wird der auf den 10. September d. J. angezeigte Auctions-Termin der üblichen Feiertage wegen auf Mittwoch den 12. September d. J., Vormittags 9 Uhr, verlegt.

Bernstadt, den 3. September 1866.

Königl. Kreis-Gericht. Commission.

Pferde-Auction.

Donnerstag, den 6. September, Vormittags von 11 Uhr ab, werde ich am Zwingerplatz aus dem Nachlaß eines in Böhmen verstorbenen Offiziers [2053]

1) einen braunen Wallach, { militärfumm

2) einen schwarzen Wallach, { geritten,

3) Sattelzug für 3 Pferde,

meistbietend versteigern.

Guido Saul, Auct.-Commis.

Schlachtvieh-Verkauf.

Bezugnehmung auf unsere Bekanntmachung vom 20. v. M., betreffend den Verkauf von Schlacht-Vieh, bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß unser Viehbestand mit dem 4. d. M. geräumt wird und der für den 7. d. M. anberaumte Verkaufstermin demnach nicht mehr stattfindet.

Neisse, den 3. September 1866.

Königliches Proviant-Amt.

Bekanntmachung.

Im unterzeichneten Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Samuel Cohn aus der offenen Handels-Gesellschaft Samuel Cohn u. Co. hier selbst erfolgt Aufstellung dieser Gesellschaft und in unserm Firmen-Register Nr. 1877 die Firma Samuel Cohn u. Co. hier und als deren Inhaber der Kaufmann Wilhelm Kauffmann Cohn hier eingetragen worden.

Breslau, den 29. August 1866.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [1736]

In dem Concours über das Vermögen des Kaufmanns Wolff Teichmann, in Firma W. Teichmann hier, ist der Kaufmann A. Krause hier, Vorwerkstraße 24b, zum definitiven Verwalter der Mass bestellt und zur Anmeldung der Forderungen der Concurs-gläubiger noch eine zweite Frist

bis zum 19. September 1866 einschließlich festgesetzt.

Die Gläubiger, welche die erwähnten Forderungen angemeldet oder bestritten haben, werden hierdurch in Kenntnis gelegt.

Breslau, den 26. August 1866.

Königl. Stadt-Gericht.

Der Commissar des Konkurses: Englaender.

[1735] Bekanntmachung.

In unserm Gesellschafts-Register ist heute bei Nr. 232 die durch den Austritt des Kaufmanns Samuel Cohn aus der offenen Handels-Gesellschaft Samuel Cohn u. Co. hier selbst erfolgte Aufstellung dieser Gesellschaft und in unserm Firmen-Register Nr. 1877 die Firma Samuel Cohn u. Co. hier und als deren Inhaber der Kaufmann Wilhelm Kauffmann Cohn hier eingetragen worden.

Breslau, den 29. August 1866.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung der Konkurs-Gläubiger.

Zu dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Wolff Teichmann, in Firma W. Teichmann hier, ist der Kaufmann A. Krause hier, Vorwerkstraße 24b, zum definitiven Verwalter der Mass bestellt und die Forderungen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-personals

auf den 13. Septbr. 1866, Vormittags

11 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar im Beratungszimmer Nr. 20 im 1. Stock des Gerichts-Gebäudes

anberaumt werden.

Die Beteiligten, welche die erwähnten Forderungen angemeldet oder bestritten haben, werden hierdurch in Kenntnis gelegt.

Breslau, den 26. August 1866.

Königl. Stadt-Gericht.

Der Commissar des Konkurses: Englaender.

[1736] Bekanntmachung.

Bei uns schriftlich oder zu Protokoll anumelnden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals

bis zum 23. Sept. 1866, einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anumelnden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals

bis zum 23. Sept. 1866, einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anumelnden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals

bis zum 23. Sept. 1866, einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anumelnden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals

bis zum 23. Sept. 1866, einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anumelnden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals

bis zum 23. Sept. 1866, einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anumelnden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals

bis zum 23. Sept. 1866, einsch

Dem vielen Neuen gegenüber etwas Altes, aber Bewährtes!

Russischer Magenbitter „Malakoff“

von M. Cassirer & Comp., Schmiedebrücke Nr. 50, in Breslau,

bestes bewährtes Schutzmittel bei allen Magen- und Unterleibsbeschwerden. Warnings vor gefälschtem Fabrikat. [2057]

Im Verlage von Eduard Trenkert in Breslau ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: [571]

Reinerzer Bade-Geschichten.

Erzählungen nach dem Leben

von A. Brosig.

16. 7 Bog. Eleg. brosch. Preis 10 Sgr.

Capitalisten,

welche sich bei einer neu zu errichtenden Flachsberichtungs-Anstalt — der ersten in der flachsreichsten, gesundesten und ammuthigsten Gegend Ostpreussens — mit 10 bis 20,000 Thlr. ohne erforderliche Fachkenntniss betheiligen wollen, belieben ihre Adresse unter Chiffre „P. O. Tilsit“ bei den Herren Beck & Ziekursch, Breslau, Schweidnitzer-Stadtgraben 30, behufs persönlicher Besprechung in 8 Tagen einzusenden. [2411]

[2055] Die Franz Kuschel'schen Erben.

Pferdemarkt

der zweite diesjährige, wird in der Kreisstadt Tarnow in Galizien am 17. September 1866 und den folgenden Tagen abgehalten werden.

Tarnow, am 23. August 1866.

Pferde-Berkauf.

Der auf Donnerstag, den 6. September angekündigte Berkauf der vom Kreise Waldenburg dem 6. Landwehr-Husaren-Regiment gestellten Pferde kann erst Montag, den 10. September auf dem Viehmarkt zu Waldenburg stattfinden. [1732]

Waldenburg, den 4. September 1866.

Der Königl. Landrath.

J. V. Freiherr v. Saurma.

Pferde-Berkauf.

Der Berkauf der Landwehr-Pferde findet schon am 7. September d. J., Vormittags 10 Uhr, statt.

Der königl. Landrath.

Frhr. v. Seherr. [1734]

Regelmäßige Dampfschiffahrten

Nach Kopenhagen (Gothenburg, Christiania). Dampfer „Stolz“ jeden Sonnabend Mittags. Capitänspalz 1 Thlr. Deckspalz 2 Thlr.

Nach Danzig:

Dampfer „Colberg“.

Nach Elbing (Frauenburg, Braunsberg): Dampfer „Nordstern“.

Nach Königsberg:

Dampfer „Borussia“.

[2049] Nach Christ. Griboel in Stettin.

Juvelen, Perlen, Gold und Silber werden gesucht und der höchste Werth baar bezahlt bei Gebr. Cassirer, Niemerzeile 14.

Sur Engegning auf die in der „Schlesischen Zeitung“ (3344—6) eingerückten Annonce:

Warschau,

Victoria-Hotel,

Inhaber Mader u. Jacob,

früher „Hotel de Paris“ hier,

erkläre ich hiermit:

das genannte Herren Bächer des Victoria-

Hotels sind,

das Pariser Hotel jedoch unter meiner

eigenen Leitung, ausgestattet mit dem

größten Komfort, nach wie vor besteht.

Solide Preise, sowie allen Anprüchen des

geehrten reisenden Publismus entsprechend,

erlaube ich mir, dasselbe bestens zu empfehlen.

G. Langner,

Besitzer des „Hotel de Paris“.

Ein Rittergut in OS.

Von 550 Mg. Areal, großenteils Raps- und

Weizenboden, incl. 40 Mg. Wiesen, in gefüner

der und angenehmer Lage, in der Nähe eines

Bahnhofes, mit gutem Hypothekenstande und

Nebenrevenuen ist ganz besonderer Verhältnisse

wegen preiswertig bei 8—10,000 Thlr. An-

zahlung zu verkaufen oder auch zu verpachten,

wozu ein Capital von etwa 5000 Thlr. erforderlich.

Franco-Anfragen befördert die Exped.

der Breslauer Zeitung unter Z. Z. 4.

[2037]

Zwei sehr rentable, sich in schönster Blüthe

befindende Südfrucht-, Delicatessen- und

Colonial-Waaren-Geschäfte, das eine in

Stettin, das andere in Königsberg i. Pr.,

finden nebst Haus unter günstigen Bedingun-

gen sofort zu verkaufen, und ist Nähres

darüber auf frankte Anfragen unter Chiffre

Y. 1. poste restante Stettin zu erfahren.

[1473]

Eine Schankwirtschaft mit 18 Morgen

Acre 1. Klasse und einer rentablen Fleis-

scher, in einem großen Kirchdorf bei Gold-

berg, auch für einen Destillateur sich eignend

oder Obstwein-Fabrikation anzulegen, ist mit

Ernte und Inventarium bei geringer Anzahl-

ung zu verkaufen. Das Nähre beim Gast-

wirt Jungfer in Adelsdorf bei Goldberg

in Schlesien. [2037]

Brauerei-Verpachtung.

Die hiesige, in schwunghaftem Betriebe be-

findliche, in industrieller Gegend gelegene Do-

minial-Brauerei soll auf 3 bis 6 Jahre ver-

pachtet werden. Cautionssichere intelligente

Brauer-Meister erfahren Nähres auf franco

Briefe bei der Gutsverwaltung Nieborowitz

per Pilzowitz. [1914]

[1790]

Petroleum-Lampen

neuester Construction,

echt pennsylvan. Petroleum

unverfälscht, im Ganzen so wie Glasflaschenweise

empfiebt billigst: [1790]

R. Almandi,

Schweidnitzerstraße Nr. 9, Gerstenecce.

Dem vielen Neuen gegenüber etwas Altes, aber Bewährtes!

An der hiesigen höheren Bürgerschule ist die Stelle eines Lehrers für Zeichnen, Schreiben und Turnen erledigt und schleunigst wieder zu besetzen. Qualifizierte Bewerber werden aufgesfordert, sich bis zum 20. September d. J. bei uns schriftlich zu melden und ihren Gesuchen die Qualifikations-Zeugnisse nebst Zeichnenproben beizufügen.

Das Gehalt der Stelle beträgt 350 Thlr. und die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden übersteigt inkl. des Turnunterrichts nicht 25 Stunden.

Großen a. d. O., den 3. September 1866.
Der Magistrat.

Auf dem Kreisangrundstück Nr. 4 zu Breslau, Kr. Münsterberg, hafste eine Hypothekenforderung von 700 Thlr. für den früheren Gutsbesitzer W. Hänel zu Breslau. Da belastetes Capital nebst Zinsen zurückgezahlt ist, erklären wir das Instrument hiermit für ungültig. Breslau, den 1. Sept. 1866. [2055] Die Franz Kuschel'schen Erben.

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[2055]

[20